



Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen

# **Jahresbericht**

## **2011 / 2012**

*Allen, die mit ihren Beiträgen und ihrem Engagement die Arbeit der eaf in diesem Jahr unterstützt haben, danken wir sehr.*

*Christel Riemann-Hanewinkel*  
Präsidentin

*Dr. Insa Schöningh*  
Bundesgeschäftsführerin

Redaktion:  
Dr. Insa Schöningh  
Sabine Mundolf  
Esther-M. Ullmann-Goertz  
Beate Wolter

eaf  
Bundesgeschäftsstelle  
Auguststraße 80  
10117 Berlin  
Tel. 0 30 / 2 83 95 - 4 00  
Fax 0 30 / 2 83 95 - 4 50

Der Bericht umfasst den Zeitraum vom 1. August 2011 bis 15. August 2012  
Redaktionsschluss: 15. August 2012

# INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
<b>1. FAMILIENPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN 2011/2012</b>	3
<b>2. TÄTIGKEIT der eaf</b>	
2.1 Präsidium	6
2.2 Fachausschüsse	7
2.3 Bundesgeschäftsstelle	8
<b>3. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT</b>	
3.1 Stellungnahmen / Anhörungen	8
3.2 Fachgespräche	9
3.3 Fachtagungen	10
3.4 Internetauftritt der eaf	12
3.5 Veröffentlichungen	12
<b>4. KOOPERATIONEN</b>	
4.1 Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Familienorganisationen e. V.	15
4.2 Mitarbeit in Gremien	16
4.3 Mitwirkungen (Tagungen, Seminare) / Medien	22
<b>5. LANDESARBEITSKREISE</b>	
5.1 Konferenz und Arbeitstreffen	25
5.2 Tätigkeitsberichte der Landesarbeitskreise/Landesverbände	25



## 1. FAMILIENPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN 2011/2012

In den letzten Monaten schien es beinahe so, als hätte sich Familienpolitik auf das *Betreuungsgeld* verengt. Doch es gab im letzten Jahr auch einige andere Themen, aber keines hat so viel politische Aufmerksamkeit erlangt wie eben das Betreuungsgeld. Woran liegt das eigentlich? Vor etwa 20 Jahren hätte vermutlich niemand daran Anstoß genommen, höchstens an der geringen Höhe, mit der Erziehungsaufgaben entgolten werden sollen. Oder ist das Betreuungsgeld in Verruf, weil ausgerechnet Bayern es unbedingt und mit aller Macht will? Vielleicht handelt es sich aber auch um den Streit zwischen verschiedenen Familienpolitiken: Der langen bundesrepublikanischen Tradition, nach der Familien vor allem mehr Geld hilft, und der Politik skandinavischer Prägung, die unterstützende Infrastruktur für Familien und die Gleichberechtigung der Geschlechter in den Vordergrund stellt. Wenn es so ist, wäre schon viel gewonnen. Das hieße, die Debatte um die adäquate Unterstützung für Familien wäre im Mainstream angekommen.

Zwar ist auch mit dem Elterngeld schon ein gewaltiger Modernisierungsschub verbunden gewesen, aber es bedient vordergründig noch das alte Muster: mehr Geld. Bei den Alleinerziehenden und all denen die auf „Hartz IV“ angewiesen sind, kommt allerdings nicht mehr Geld an. Die gleichwohl erregte Debatte vor der Einführung des Elterngeldes drehte sich dann auch vor allem um die Partnermonate, also die gleichstellungspolitische Komponente, und um den Ausbau der Krippenplätze. Immerhin, den stellt inzwischen, fünf Jahre nach Einführung des Kinderförderungsgesetzes, niemand mehr in Frage. Im Gegenteil, selbst wenn die geplanten 33 Prozent Plätze für die Unter-Dreijährigen im August 2013 vorhanden sein sollten, werden sie nicht ausreichen, denn die Nachfrage ist deutlich höher. Daran, dass Eltern wegen 100 bzw. 150 Euro nicht den ihnen zustehenden Rechtsanspruch einklagen, kann auch ernsthaft niemand glauben. Die eaf hat sich mehrfach deutlich gegen das Betreuungsgeld und für einen forcierten Ausbau der Bildungs- und Betreuungsplätze für die unter Dreijährigen ausgesprochen.

Auch die *Krippenplätze-Ausbau-Debatte* nahm an Fahrt auf, denn es wird immer deutlicher, dass nicht ausreichend Plätze für die ganz Kleinen ab August 2013 bereitstehen werden, weder die angepeilten 33 Prozent und schon gar nicht genug für alle Eltern, die einen Krippenplatz suchen. Nach den letzten amtlichen Zahlen lag die Betreuungsquote der unter Dreijährigen insgesamt bei 25,4 Prozent, nimmt man jedoch die Kinder bis zum ersten Lebensjahr heraus, die nur in ganz geringem Umfang in außerhäuslicher Betreuung sind, dann besuchen bereits 36,7 Prozent aller ein- und zweijährigen Kinder eine Krippe oder eine Tagespflege.

Es mangelt noch an allen Ecken und Enden, weder sind derzeit ausreichend Räumlichkeiten vorhanden, noch ausreichend Personal. Bund, Länder und Gemeinden schieben sich dabei gegenseitig die Verantwortung zu. Aber tatsächlich fällt es vielen Kommunen schwer, hier zu investieren, denn sie sind längst pleite. Genau diese Kommunen werden auch nichts von den von Ministerin Schröder im Juni 2012 offerierten zinsgünstigen Krediten haben - sie dürfen nämlich gar keine mehr aufnehmen. Angesichts dieses absehbaren Desasters stellt sich wirklich die Frage, ob viele Kommunen nicht einfach „auf Zeit gespielt“ haben und schlicht gehofft haben, dass sie für ihre Untätigkeit mit der Rücknahme des Rechtsanspruches der Eltern „belohnt“ werden. Vielleicht konnten sich überdies auch viele kommunal Verantwortliche nicht vorstellen, dass es diese Nachfrage der Eltern tatsächlich in ihrer Gemeinde gibt. Schließlich wurde das in der Vergangenheit zumindest in westdeutschen Kommunen immer recht geräuschlos privat geregelt. Bei all der Aufregung,

überhaupt quantitativ genug Plätze bereitzustellen, bleibt die Qualität der Bildungs- und Betreuungsplätze leider völlig auf der Strecke. Der quantitative und qualitative Ausbau der Frühförderplätze wird voraussichtlich das drängende Thema des kommenden Jahres werden.

2011 sind zwei Gesetzesvorhaben vorbereitet worden, die Anfang 2012 in Kraft traten, das *Kinderschutzgesetz* und das *Familienpflegezeitgesetz*. Das *Kinderschutzgesetz* sollte wesentlich früher verabschiedet werden. Nach dem Öffentlichwerden der zum Teil systematischen sexualisierten Gewalt in Heimen und Internaten, wurde der „Runde Tisch gegen sexuellen Kindesmissbrauch“ eingerichtet. Dessen Ergebnisse und Empfehlungen wurden abgewartet, um noch in das Gesetzesvorhaben einfließen zu können.

Den „*Familienhebammen*“ kommt im Kinderschutzgesetz eine zentrale Rolle zu. Das Berufsbild „Familienhebamme“ ist jedoch weder einheitlich in den Bundesländern geregelt, noch gibt es überhaupt bundesweit Familienhebammen, mit welcher Qualifikation auch immer. Die Idee dahinter ist, dass Hebammen generell hohes Vertrauen genießen und nicht im Ruf stehen „vom Amt“ zu kommen. Sie lernen die Familie sozusagen im Entstehen kennen und können frühzeitig Unterstützung und Hilfeangebote unterbreiten. So bestechend die Idee auf den ersten Blick scheint, so mutet sie doch den Familienhebammen quasi Jugendamtsaufgaben zu und macht die freischaffenden Hebammen zum „Knoten“ im Netzwerk Früher Hilfen. Dieser hohe Anspruch kann schnell in Überforderung umschlagen. Den Jugendämtern obliegt die Letztverantwortung für den Kinderschutz. Diese Aufgaben sollen sie mit weniger Personal erfüllen, bei gleichzeitiger Zunahme von Fallzahlen. Viele Fachleute bemängeln die Unterfinanzierung des Gesetzes, an der die prinzipiell begrüßenswerte Absicht scheitern könnte (vgl. dazu den kritischen Kommentar von Wolfgang Hötzel zum Bundeskinderschutzgesetz in FPI Nr. 1/2012). Ebenso bemängelt wird die Verweigerung des Bundesgesundheitsministeriums, bei dieser Aufgabe zu kooperieren.

Nicht nur die Familienhebammen, sondern die Hebammen überhaupt hatten ein schweres Jahr. Die sprunghaft angestiegenen Versicherungsprämien für die freiberufliche Geburtshilfe, die in keinem angemessenen Verhältnis zum Einkommen der Hebammen mehr stehen, machen es nahezu unmöglich, mit der Ausübung dieses Berufs seinen Lebensunterhalt zu verdienen: Tatsächlich haben etliche frei praktizierende Hebammen ihren Beruf schon aufgegeben oder betreuen zumindest keine Geburten mehr. Dies betrifft keineswegs nur die „klassisch“ selbstständigen Hebammen, auch viele Hebammen in Krankenhäusern sind bereits „outgesourct“ und damit offiziell selbstständig. Sie sind von dieser indirekten Gehaltskürzung ebenso betroffen. Einen kleinen Erfolg konnten die Hebammen schließlich verbuchen. Mit vielen Protesten und Petitionen haben sie es geschafft, dass die zum Juli 2012 wirksam werdende weitere Prämienhöhung um ca. 500 Euro jährlich, nun von den Krankenversicherungen übernommen wird. Das ändert allerdings nur wenig an der prekären Lage der Hebammen, denn auch vor dieser weiteren Erhöhung war ihre finanzielle Lage nicht ausreichend. Allein die Versicherungsprämien sind in nicht einmal 10 Jahren um 200 Prozent gestiegen.

Ebenfalls in Kraft getreten ist das *Familienpflegezeitgesetz*, dem nach Meinung der eaf, ebenso wie vieler anderer Sachverständiger, der „Biss“ durch den Rechtsanspruch fehlt. Es ist ohnehin nur ein Gesetz für diejenigen, die eine bis zu vierjährige Gehaltskürzung verkraften können. Außer dem entsprechenden finanziellen Polster brauchen die Betroffenen auch noch einen verständnisvollen Arbeitgeber, der sich auf die Regelung einlässt.

Sowohl für die Beurteilung des Bundeskinderschutzgesetzes als auch für das Familienpflegezeitgesetz ist es noch zu früh, um die Wirkungen zu beurteilen. Sie bleiben weiter kritisch zu beobachten.

Nur wenig Wirkung konnte bislang der *Achte Familienbericht* der Bundesregierung zum Thema „Familie und Zeit“ entfalten, obwohl das Thema familienpolitisch durchaus Brisanz hat. Der Familienbericht hat die Konsequenzen von Zeitkonflikten auf das Wohlbefinden und die Lebensqualität von Familien und ihrer Mitglieder und deren gesamtgesellschaftliche und volkswirtschaftliche Dimensionen herausgearbeitet: Zeitkonflikte führen dazu, dass Kinderwünsche aufgeschoben und nicht erfüllt werden, Karriere- und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten von Eltern – vor allem Müttern – eingeschränkt werden und Erwerbspotenziale ungenutzt bleiben. Die Feststellung der Sachverständigenkommission, Familien könnten mit ihrer Zeit nicht umgehen, muss allerdings energisch zurückgewiesen werden. Insgesamt nimmt die Sachverständigenkommission große Rücksicht auf die Bedürfnisse der Wirtschaft, was angesichts der Beauftragung durch das Familienministerium doch etwas erstaunt. Die kleinen Maßnahmen, die vorgeschlagen worden sind, werden von der Bundesregierung in ihrer Stellungnahme nur selektiv aufgegriffen.

Neben diesen eher größeren familienpolitischen Paketen, gab es auch noch zahlreiche *weitere Entwicklungen*, wie z. B. das Unterhaltsvorschussentbürokratisierungsgesetz, der Gesetzentwurf zum Sorgerecht nichtehelicher Väter, ebenso wie einen Referentenentwurf zum Umgangsrecht des leiblichen, aber nicht rechtlichen Vaters, die Demographiestrategie der Bundesregierung, die Entwicklungen beim Elterngeld sowie das sehr zaghafte Herangehen, die Belange und Rechte der Menschen mit Behinderungen tatsächlich ernst zu nehmen. Von der „Integration“, der immer vorausgeht, dass Menschen an den Rand gestellt werden, muss der Weg zur Inklusion von Anfang an geebnet und dauerhaft beschriftet werden.

Ein Urteil des Verfassungsgerichts hat nun endlich die *Verfassungswidrigkeit des Asylbewerberleistungsgesetzes* festgestellt. Asylsuchenden Familien, die bisher mit wenig Sachleistungen und noch weniger Bargeld leben mussten, wird mit diesem Urteil zuerkannt, dass die im Artikel 2 des Grundgesetzes formulierte Menschenwürde auch ihnen gilt. Die Bundesrepublik Deutschland muss dies in den kommenden Monaten in verschiedenen Bereichen gesetzlich garantieren.

Die neusten Auseinandersetzungen zur Übertragung des *Ehegattensplittings* auf eingetragene Lebenspartnerschaften hat Bewegung in die Diskussion um die tatsächliche Gleichstellung von schwulen und lesbischen Partnerschaften gebracht. Allerdings ist es an der Zeit, das Ehegattensplitting nicht auf die „Homo-Ehe“ zu übertragen, sondern das Steuerrecht insgesamt gerechter zu gestalten. Die Individualbesteuerung mit Grundfreibetrag für Unterhaltsverpflichtete wäre für Frauen und Männer, und damit für Familien die längst notwendige, überfällige Entscheidung.

## 2. TÄTIGKEIT der eaf

### 2.1 Präsidium

Präsidentin: Christel Riemann-Hanewinckel

Das Präsidium tagte im Berichtszeitraum viermal. Daneben gab es noch Termine der Steuerungsgruppe bzw. von Kleingruppen der Steuerungsgruppe. Übergreifendes Thema des Berichtsjahres waren die Überlegungen zur Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelischer Familien-Bildungsstätten und Familien-Bildungswerke e. V. (BAG Familienbildung).

Daneben blieb nur noch Zeit für alljährlich wiederkehrende Aufgaben wie die Beratung über den Haushalt und die Planung der Jahrestagung.

Auf der Sitzung am 4. Juni fasste das Präsidium den Beschluss, der „National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland“ beizutreten ([www.national-coalition.de](http://www.national-coalition.de)).

### **Steuerungsgruppe für den Zusammenführungsprozess eaf/BAG Familienbildung**

Teilnehmende der Steuerungsgruppe:

eaf: Christel Riemann-Hanewinckel, Wolfgang Hötzel, Bernd Heimberg, Renate Augstein (bis 30. Juni 2012), Dr. Insa Schöningh

BAG Familienbildung: Kurt Triebel, Helga Siemens-Weibring, Doris Kratz-Hinrichsen, Ute König (kurzzeitig: Gabriele Kibat)

EKD: Cornelia Coenen-Marx, Constance Potinius (bei Bedarf)

Moderiert wird die Steuerungsgruppe von Dr. Manfred Gellert und Julia Pischetsrieder.

Die EKD möchte die Arbeit der von ihr unterstützten Verbände im Bereich Familie stärker bündeln und hat die engere Zusammenarbeit der eaf mit der BAG Familienbildung vorgeschlagen. Die Gespräche über eine Neuorganisation des Verbandes unter Einbeziehung der BAG Familienbildung, die bislang ein Mitgliedsverband der eaf ist, gestalteten sich nicht einfach, insbesondere weil sowohl die Mitgliedsstruktur als auch das Tätigkeitsfeld der BAG Familienbildung sehr verschieden von dem der eaf sind.

Die gesamte Steuerungsgruppe hat sich sechsmal getroffen, außerdem gab es noch drei Treffen von Kleingruppen zur Beratung spezifischer Fragen.

Im Vorfeld der letztjährigen Mitgliederversammlung gab es einen Informationsbrief der Vorsitzenden beider Verbände über den Stand der Verabredungen. Am 1. Juni 2012 waren die Mitglieder beider Verbände zu einer gemeinsamen Informationsveranstaltung eingeladen. Dort wurden die Eckpunkte einer Organisationsstruktur vorgestellt. Insgesamt waren etwa 50 Teilnehmende erschienen und es wurde lebhaft und auch kontrovers diskutiert. Im Nachgang zu dieser Veranstaltung gab es erneut einen Informationsbrief beider Vorsitzenden an die Mitglieder. Viele Details sind zurzeit aber noch offen.



## 2.2 Fachausschüsse

### Fachausschuss 1: „Sozialpolitik und Recht“

Vorsitzende: Prof. Dr. Irene Gerlach

Der Fachausschuss 1 der eaf *Sozialpolitik und Recht* traf sich zu drei Sitzungen. Der Ausschuss befasste sich in seinen Sitzungen mit den Auswirkungen des Unterhaltsrechts, das 2008 reformiert wurde. Zu dieser Thematik fand ein Expertengespräch (s. u.) am 1. Februar 2012 statt, dessen Ergebnisse der Fachausschuss auswertete und Folgerungen für die weitere familienpolitische Arbeit überlegte. Weitere Themen waren der Zugang nichtverheirateter Väter zum gemeinsamen Sorgerecht, der nach Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und des Bundesverfassungsgerichts rechtlich neu geregelt werden muss, neue Vorschläge im Rentenrecht, Bedarfe und Unterstützung von „Neueltern“ und der bedarfsgerechte Ausbau von Infrastruktur.

#### *Expertengespräch zum Unterhaltsrecht*

Am 1. Februar führte die eaf mit 25 Experten und Expertinnen ein Fachgespräch über die Wirkungen des 2008 reformierten Unterhaltsrechts durch. Dabei berichteten Juristen und Juristinnen (aus Richter- und Anwaltschaft) über die Rechtspraxis der letzten vier Jahre nach Inkrafttreten der Neuregelungen und analysierten die Rechtsprechung des BGH. Intensiv wurden die Folgen für die Mütter, die in der Regel nach der Trennung die Kinder betreuen und Betreuungsunterhalt bekommen, in den Blick genommen und gesellschaftliche Entwicklungen in diesem Kontext diskutiert. Der Widerstreit des Unterhaltsrechts mit den Rahmenbedingungen und der Infrastruktur für die Betreuung von Kindern war ebenfalls Thema sowie der Paradigmenwechsel im Blick auf Solidarität in Ehe und Familie.

### Fachausschuss 2: „Bildung, Beratung und Soziale Infrastruktur“

Vorsitzender: Dr. Martin Merbach

Der Fachausschuss 2 *Bildung, Beratung, Soziale Infrastruktur* traf sich im Berichtszeitraum zu vier Sitzungen. Der Fachausschuss befasste sich im Wesentlichen mit der Frage „Was brauchen Paare in der heutigen Zeit? Rahmenbedingungen für gelingende Partnerschaften“. In einem ersten Schritt führte Renate Augstein in den Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung „Neue Wege – Gleiche Chancen“ ein und erläuterte den Fokus der Lebenslaufperspektive. In einem zweiten Schritt wurde vom Fachausschuss 2 eine Abfrage der eaf Mitgliedsverbände mittels eines Leitfadens gestartet, inwieweit sich die Verbände mit dem Thema Paare als Zielgruppe beschäftigen bzw. beschäftigt haben und welche gleichstellungspolitischen Fragestellungen sie auch in Bezug auf die eigenen Angestellten und Mitarbeitenden verfolgen. In einem dritten Arbeitsschritt wurde die Konzeption für eine Unterwebsite der eaf-Website unter dem Titel „Paare im Fokus“ entwickelt. Auf dieser Website sollen anregend Daten und Fakten zum Thema Paare dargestellt werden, politische Forderungen veröffentlicht und Projekte der Mitgliedsverbände zu finden sein, die Paare unterstützen. Zur Vervollständigung des Websiteangebots werden Mitglieder des Fachausschusses Artikel schreiben. Videos mit Paaren verschiedener Altersgruppen sollen das Angebot der Unterwebsite vervollständigen.

## 2.3 Bundesgeschäftsstelle

Janina Haase ist seit dem 11. Oktober 2011 in Mutterschutz/Elternzeit. Als Vertretung arbeitet seitdem Albina Kremer bis voraussichtlich Ende November 2012 in der Geschäftsstelle. Sie unterstützt die Arbeit der Geschäftsstelle vor allem in den Aufgabenfeldern Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützung der Geschäftsführung.

Vom 24. Februar bis zum 5. April 2012 verstärkte Julia Hartleb als Praktikantin das Team der Geschäftsstelle. Sie beschäftigte sich mit dem Achten Familienbericht, fasste die Gesprächsrunden der Kampagne „Pflege in guter Gesellschaft“ zusammen (s. FPI Nr. 3, Mai/Juni 2012) und nahm an verschiedenen Gremien und Sitzungen teil.

Inhaltlich war die Bundesgeschäftsstelle mit den bei den jeweiligen Gremien erwähnten Schwerpunkten befasst, insbesondere mit der Erarbeitung von Stellungnahmen, Pressemitteilungen (vor allem in Kooperation mit anderen Verbänden) und der Mitarbeit in zahlreichen Gremien sowie der Öffentlichkeitsarbeit (Familienpolitische Informationen, Newsletter, Website).

Besondere Schwerpunkte im Berichtszeitraum waren die Vorbereitung des Fachtages zum Unterhaltsrecht (Fachausschuss 1), die Entwicklung der Projektwebsite „Paare im Fokus“, die Unterstützung der Steuerungsgruppe von Mitgliedern der eaf, BAG Familienbildung und EKD und die Vorbereitung der Jahrestagung.

## 3. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

### 3.1 Stellungnahmen / Anhörungen

- Stellungnahme der eaf zu dem Regierungsentwurf eines Kinderschutzgesetzes, 22. Juni 2011
- Anhörung im Bundestagsausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Entwurf des Familienpflegezeitgesetzes, 19. September 2011
- Stellungnahme der eaf zu dem Entwurf eines Unterhaltsvorschussentbürokratisierungsgesetzes, 12. Oktober 2011
- Anhörung zum Entwurf eines Unterhaltsvorschussentbürokratisierungsgesetzes, 25. Oktober 2011
- Stellungnahme der eaf zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes und anderer Gesetze (Unterhaltsvorschussentbürokratisierungsgesetz) – Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drs. 844/11, 30. Dezember 2011, 25. Januar 2012
- Stellungnahme der eaf zum Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Sorgerechts nicht miteinander verheirateter Eltern, Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz (Stand 28. März 2012), 16. Mai 2012
- Brief der eaf zum Entwurf eines Referentenentwurfs zur Stärkung der Rechte des leiblichen, nicht rechtlichen Vaters (Stand 11. Mai 2012), 5. Juli 2012

### „Pflege in guter Gesellschaft“

Eine Kurzbroschüre nimmt die gleichnamige Veranstaltung am 12. Mai 2011 auf dem Berliner Schlossplatz zum Anlass, die Forderungen der eaf zur Unterstützung pflegender Angehöriger mit Zitaten der Expertinnen und Experten und Fotos erneut in der Öffentlichkeit zu präsentieren (Auflage 3.000).

Als weiteres Element der Kampagne wurde ein Film produziert, der den Umgang mit Pflegebedürftigen sowie mit pflegenden Angehörigen beispielhaft in einer Kirchengemeinde zeigt. Der Film ist ebenfalls über die Projektwebsite zugänglich und wurde mit dem Portal Youtube verknüpft.

Auf der Themenwebsite sind unterschiedliche aktuelle Aktivitäten der eaf-Mitglieder zu finden (<http://www.eaf-bund.de/pflege/film.html>).

### 3.2 Fachgespräche

- Gedankenaustausch Familienverbände – Bundeskanzlerin, Wolfgang Hötzel für die eaf, 21. September 2011
- Besprechung von Christel Riemann-Hanewinckel und Dr. Insa Schöningh mit Christiane Reckmann (Vorsitzende) und Barbara König (Geschäftsführerin), beide Zukunftsforum Familie, über zukünftige Kooperationsmöglichkeiten am 14. September in Hannover
- Workshop Sozialwissenschaftliches Institut der EKD (SI) - Projekt „Familie stärken“, Dr. Insa Schöningh für die eaf, 27. September 2011
- Rentendialog CDU/CSU, Helga Schulz für die eaf, 26. Oktober 2011
- Expertengespräch „Ombudschaft für die Kinder- und Jugendhilfe“, Deutscher Bundestag – Bündnis 90/Die Grünen, Paul-Löbe-Haus, Berlin, Dr. Insa Schöningh für die eaf, 7. November 2011
- Gespräch zum Austausch über familienpolitische Schwerpunkte mit der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Kristina Schröder, Christel Riemann-Hanewinckel und Dr. Insa Schöningh für die eaf, 12. Dezember 2011
- Fachaustausch „Väter“, Ev. Männerarbeit, Sabine Mundolf, Berlin 20. September 2011; Hannover, 12. Dezember 2011
- Neujahrsgespräch „Starke Kinder-starke Eltern“ mit Bettina Wulff, Schirmherrin, und Dr. Jürgen Heraeus, Vorsitzender von UNICEF Deutschland, Christel Riemann-Hanewinckel und Dr. Insa Schöningh für die eaf, 24. Januar 2012
- Anhörung der Grünen zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung, Dr. Insa Schöningh für die eaf, Berlin, 23. Februar 2012
- Gespräch mit Johannes-Wilhelm Rörig zu Themen des Runden Tisches, Christel Riemann-Hanewinckel und Dr. Insa Schöningh, 21. Mai 2012
- Fachgespräch mit der Initiative „Mein Papa kommt“, Dr. Insa Schöningh, 23. Februar 2012

### 3.3 Fachtagungen

#### Fachtagung 2011

Einmal jährlich veranstaltet die eaf eine Fachtagung im Vorfeld der Mitgliederversammlung. Die Fachtagung richtet sich zwar vorrangig an die Mitglieder der eaf, ist aber offen für interessierte Gäste.

Die eaf Jahrestagung 2011 fand vom 12. bis 14. September 2011 in Hannover statt. Der Fachteil beschäftigte sich mit dem Thema „Familien mit Heranwachsenden“. Die Dokumentation dazu ist erschienen.

Bei der Mitgliederversammlung wurde für die Wahlperiode 2011 bis 2015 ein neues Präsidium gewählt. Christel Riemann-Hanewinkel wurde einstimmig als Präsidentin der eaf bestätigt. Wolfgang Hötzel (Fachausschuss 1) wurde als Vizepräsident wiedergewählt und Bernd Heimberg (LAK Niedersachsen, Fachausschuss 2) wurde als neuer Vizepräsident gewählt. Beisitzerinnen und Beisitzer sind: Renate Augstein, Gundula Bomm, Ilse Birzele und Dieter Wentzek (<http://www.eaf-bund.de/vernetzung/gremien.html>).

Außerdem wurden zwei neue Mitgliedsorganisationen als Mitglieder in die eaf aufgenommen:

##### *(1) Evangelische Familienerholung*

Die Evangelische Familienerholung (EF) ist ein Arbeitsfeld im Zentrum Familie, Integration, Bildung und Armut im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). In der Evangelischen Familienerholung haben sich unterschiedliche, gemeinnützig tätige evangelische Einrichtungen für Familienferien und Familienurlaub zusammengeschlossen: Familienferienstätten, Familienferiendörfer, Familienerholungsheime und Ferien- und Erholungszentren. Eingeschlossen in diesen Verbund sind die Diakonischen Werke der Gliedkirchen der EKD.

##### *(2) Deutscher Ev. Frauenbund e. V.*

Der Deutsche Evangelische Frauenbund (DEF) wurde 1899 als erster Zusammenschluss evangelischer Frauen mit eigenständiger Organisationsstruktur gegründet.

Der DEF ist

- ein demokratisch strukturierter Verband in der Kirche,
- ein Forum kritisch denkender und handelnder Frauen,
- übergemeindlich, überparteilich und ökumenisch offen,
- bundesweit vernetzt in Landesverbänden, Ortsverbänden und Anschlussvereinen.

Durch seine Bildungsarbeit will der DEF Frauen ermutigen und befähigen, in der Öffentlichkeit mitzureden, mit zu entscheiden und Verantwortung zu übernehmen. Einige Orts- und Landesverbände sind Träger sozialdiakonischer Einrichtungen und unterstützen gemeinschaftsfördernde Angebote. Mitglieder von Orts- und Landesverbänden vertreten den DEF im vorparlamentarischen Raum und in Gremien der Kirche.

#### Fachtagung 2012

Im Zentrum der Fachtagung 2012 stehen Familienbilder. Die Aktualität des Themas gerade im evangelischen Raum zeigt sich sowohl an dem Auftrag an eine Ad-hoc-Gruppe des Rates zur Erarbeitung einer Denkschrift zu Familie und Ehe, ebenso wie an der großen Reso-

nanz, die die Tagung „Familien stärken in evangelischer Perspektive“ am 2./3. Februar in Eisenach fand (s. unten).

Auf der diesjährigen Jahrestagung soll die Vielfalt der Familienbilder aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet werden. Von welchen sozialetischen Grundüberzeugungen lassen wir uns bei unserem Handeln leiten? Passen diese noch? Brauchen wir neue Ausgangspunkte für politisches und praktisches Handeln?

Die Tagung findet am 26./27. September im Liudgerhaus in Münster statt.

### **EKD-eaf-SI Fachtagung in Eisenach erörtert Familienbild der Kirchen**

Am 2./3. Februar 2012 fand die Kooperationstagung „Familien stärken in evangelischer Perspektive“ statt. Sie bildete zugleich den Abschluss des gleichnamigen Projekts des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD. In der evangelischen Kirche überwiegen häufig noch überkommene Auffassungen von Ehe und Familie. Zu dieser Einschätzung kamen die über 80 Teilnehmenden aus Kirchen und Wohlfahrtsverbänden sowie von Beratungs- und Bildungseinrichtungen. Das patriarchalische Familienbild mit Schöpfungsgeschichte und Scheidungsverbot „erinnert an Effi Briest und Noras Puppenheim“, sagte Oberkirchenrätin Cornelia Coenen-Marx vom Kirchenamt der EKD. „Diese Ordnungstheologie trägt für die meisten nicht mehr.“ In der vor drei Jahren begonnenen Diskussion über ein Positionspapier zur kirchlichen Familienpolitik innerhalb der EKD und in Untersuchungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts in drei Landeskirchen sind zahlreiche Ansätze deutlich geworden, die unterschiedlichste Formen von Familie berücksichtigen. Die Ehrenpräsidentin der eaf, Prof. Dr. Ute Gerhard, betonte, das häufig noch vertretene Familienbild einer EKD-Denkschrift von 1952 sei „heute einfach nicht mehr lebbar“. Grundlegende Forderungen wie Gerechtigkeit in den Familien sowie Rechte von Kindern und Frauen blieben in den traditionellen Auffassungen unberücksichtigt. Nach Einschätzung von Präsidentin Christel Riemann-Hanewinkel wird von den evangelischen Kirchen „nicht genug dafür“ getan, dass alte Rollenbilder sich verändern. Dagegen plädierte der sächsische Landesbischof Jochen Bohl für das klassische Familienbild. Die Trauung am Anfang einer ehelichen Gemeinschaft zielt auf Verlässlichkeit, Verbindlichkeit und Vertrauen. „Die Ehe ist aus christlicher Sicht der Versuch, das niemals garantierbare Glück einer Beziehung zwischen Mann und Frau in all seiner Angreifbarkeit zu mehren und zu schützen.“ Eine Kirche, die Menschen traut, habe auch die Aufgabe, „Ehen durch schwierige Zeiten hindurch zu tragen und die Familien zu fördern“.

Für die eaf war Dr. Insa Schöningh an der Vorbereitung und Durchführung der Tagung beteiligt.

### **Kooperation eaf und Diakonisches Werk der EKD**

Am 3. Mai 2012 war eine Fachtagung in Kooperation mit dem Diakonischen Werk der EKD zum Achten Familienbericht in Kassel geplant. Unter dem Titel „Zeit für Verantwortung in der Familie“ sollte über die Empfehlungen der Berichtskommission ebenso wie die Stellungnahme der Bundesregierung dazu berichtet und diskutiert werden. Im zweiten Schritt stand die Verantwortung kirchlicher und diakonischer Arbeitgeber hinsichtlich familienge-rechter Arbeitsbedingungen im Vordergrund.

Leider musste die Tagung wegen zu geringer Teilnehmerzahlen kurzfristig abgesagt werden.

Die Vorbereitung hatten Ulrike Gebelein (DW EKD) und Dr. Insa Schöningh übernommen.

## **Kooperation eaf und Zukunftsforum Familie e. V.**

Vorbereitung des Fachtages der eaf, des zff und der Norwegisch-Deutschen Willy-Brandt-Stiftung am 18. Oktober 2012 „Geschlechterbilder in Partnerschaft und Familie – Ein Vergleich zwischen Norwegen und Deutschland“. Mit der Tagung sollen Anregungen dazu gesammelt werden, welche politischen Rahmenbedingungen die Gleichberechtigung der Geschlechter in Familie und Partnerschaft fördern.

Norwegen verfolgt ein Familienbild der gleichberechtigten Elternschaft.

Frauen wie Männer, so scheint es, vollziehen dort gleichermaßen und gleichberechtigt sowohl ihre Aufgaben der Erwerbstätigkeit als auch die Betreuung ihrer Kinder. Welche Folgen ergeben sich daraus für die Geschlechter- bzw. Familienbilder und das Rollenverhältnis von Männern und Frauen / Vätern und Müttern? Welche rechtlichen und/oder familienpolitischen Elemente stehen dahinter und inwieweit lassen sich diese auf Deutschland übertragen?

Welche Rolle spielen das „gesellschaftliche Klima“ und die Betriebskultur in den Unternehmen? Und welchen Beitrag zur Unterstützung von Paaren – z. B. durch väteraktivierende Elemente leistet hierzu die Zivilgesellschaft aus norwegischer bzw. deutscher Sicht?

Im Blick auf gesellschaftliche und politische Veränderungen sowie eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Eltern und Paare sollen Anregungen aus Norwegen die deutsche Debatte befruchten.

### **3.4 Internetauftritt der eaf**

Unter der Domain [www.eaf-bund.de](http://www.eaf-bund.de) wird umfassend Auskunft über die Arbeit der eaf gegeben. Alle Stellungnahmen, Pressemitteilungen und die Newsletter der eaf sowie Inhaltsverzeichnisse der Familienpolitischen Informationen der eaf und ältere Ausgaben sind dort einsehbar. Zudem gibt es Informationen zur Arbeitsweise der eaf und ein Verzeichnis ihrer Mitgliedsverbände sowie eine Publikationsliste, einen Veranstaltungskalender, die Satzung etc. Die grafische Anpassung an die Gestaltung anderer Produkte der eaf (wie z. B. Newsletter, FPI, Broschüren, usw.) bietet ein einheitliches Gestaltungsbild und schafft den Wiedererkennungseffekt, der im Bereich der politischen Kommunikation notwendig ist.

Esther-M. Ullmann-Goertz und Albina Kremer sind mit der Pflege und Weiterentwicklung der eaf-Homepage betraut. Auf der Website der eaf kann über die Verlinkung zu den Mitgliedern ein schneller Überblick über deren vielfältigen Arbeitsgebiete gewonnen werden.

### **3.5 Veröffentlichungen**

#### **Familienpolitische Informationen**

Die Fachzeitschrift „Familienpolitische Informationen“, erscheint sechsmal jährlich. Zentraler Bestandteil jeder Ausgabe ist ein wissenschaftlicher Artikel zu einem aktuellen familienpolitischen Thema, daneben erscheinen Stellungnahmen, Nachrichten und Hinweise auf Veröffentlichungen sowie Buchempfehlungen. Redaktionell zuständig ist Sabine Mundolf.

Im Berichtszeitraum wurden u. a. Beiträge zu folgenden Themen veröffentlicht:

- Alter
- Bildungs- und Teilhabepaket in der Praxis
- Bildung / Erwachsenenbildung
- Bundeskinderschutzgesetz
- Familienbezogene Arbeit
- Generationenbeziehungen
- Heranwachsende in Familien
- Junge Eltern in Ausbildung und Studium
- Gesunde Kinder / Gesundheitsförderung
- Partnerschaft
- Pflegende Angehörige und deren Unterstützung
- Präsidium der eaf: Neuwahl
- Reduzierte MwSt. für Kinderprodukte / Kampagne „7 % für Kinder“
- Renten
- Taufe / Unabhängiger Beauftragter für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauch / Aufgaben und Umsetzung
- Zeit und Gesundheit / Faktoren gelingenden Familienlebens.

### **Newsletter**

Der Newsletter der eaf erscheint im ca. sechswöchigen Rhythmus und kann von jedem über die Website der eaf abonniert werden. Er informiert schnell über familienpolitische Entwicklungen, Tagungen und die Arbeit der eaf. Er sammelt Meldungen aus fachspezifischen Mailinglisten, aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und aus dem Deutschen Bundestag, dem Statistischen Bundesamt, der Tagespresse und weiteren Veröffentlichungen zu wichtigen aktuellen familienpolitischen Aspekten und wissenschaftlichen Grundlagen. Außerdem gibt der Newsletter Auskunft über die aktuelle Arbeit in den Gremien der eaf sowie Hinweise auf Veranstaltungen und aktuelle Berichte, die sich mit verschiedenen Forschungsgebieten von Familienfragen befassen. Im Newsletter können eaf-Mitgliedsverbände für ihre Veranstaltungen werben oder Informationen über Neuerscheinungen im Feld ihrer Öffentlichkeitsarbeit geben.

Redaktionell zuständig ist Esther-M. Ullmann-Goertz, für Layout und Versand Albina Kremer.

### **Pressemitteilungen**

Folgende Pressemitteilungen sind im Berichtszeitraum erschienen:

- *Familienverbände ermuntern Eltern, das Bildungspaket zu nutzen*, Pressemitteilung der AGF, 8. September 2011
- *Kinder und Jugendliche brauchen ganzjährig Aufmerksamkeit. eaf zum Weltkindertag am 20. September*, 19. September 2011
- *Das Betreuungsgeld ist ein familienpolitischer Irrweg*, 9. November 2011
- *Partnermonate beim Elterngeld ausweiten – Kitaplätze bereit stellen*, 16. Februar 2012
- *Kinder von Alleinerziehenden stärken, statt Unterhaltsvorschuss zu kürzen*, Offener Brief der AGF zur Reform des Unterhaltsvorschusses an die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Kristina Schröder, 28. Februar 2012
- *Expertenkommission der Bundesregierung: Familien brauchen Zeit füreinander*, 14. März 2012

- *Betreuungsgeld nicht umsetzen!*, 2. April 2012
- *10-Punkte-Plan zum Betreuungsausbau: Ein Dokument der Hilflosigkeit*, 30. Mai 2012
- *Nein zum Betreuungsgeld! Ja zu echter Wahlfreiheit!*, Parteiübergreifender Aufruf zur Ablehnung des Betreuungsgeldes, 6. Juni 2012
- 12 Verbände gegen Betreuungsgeld, *Schlaf' Kindchen schlaf': Ein Abgesang auf das Betreuungsgeld in fünf Strophen*, 14. Juni 2012
- *Renate Augstein – neue Abteilungsleiterin im BMFSFJ*, 20. Juli 2012
- *Familienförderung neu aufstellen. Weder Ehegatten- noch Familiensplitting sind dafür Instrumente*, 14. August 2012

## Weitere Publikationen

Publikationen von haupt- und ehrenamtlich bei der eaf tätigen Personen, z. B.:

### Coenen-Marx, Cornelia

- *Das Thema Familie – Entwicklungen und Perspektiven*, in: epd-Dokumentation, Nr. 17/18, 24. April 2012, S. 49 - 51

### Gerhard, Prof. Dr. Ute

- *Paradoxe Folgen der Emanzipation? Das neue Unterhaltsrecht des bundesdeutschen Familienrechts*, in: L'Homme. Europäische Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft, 22. Jg. Heft 1, 2011, S. 139 - 145
- *Statement - Familien stärken in evangelischer Perspektive*, in: epd-Dokumentation, Nr. 17/18, 24. April 2012, S. 55 - 56

### Hötzel, Wolfgang

- *Gespräch der Familienorganisationen mit der Bundeskanzlerin*, in: Familienpolitische Informationen, Nr. 6, November/Dezember 2011, S. 5 - 6
- *Familienpolitischer Kommentar zum neuen Bundeskinderschutzgesetz*, in: Familienpolitische Informationen, Nr. 1, Januar/Februar 2012, S. 1 - 5

### Keil, Prof. Dr. Dr. Siegfried

- *Generationenbeziehungen – Herausforderungen und Potentiale – Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim BMFSFJ*, in: Familienpolitische Informationen, Nr. 1, Januar/Februar 2012, S. 5 - 8
- *Stärkung familialer Beziehungs- und Erziehungskompetenzen durch Förderung von Erziehungspartnerschaften*, in: Stange, Waldemar u. a. (Hg.), „Erziehungs- und Bildungspartnerschaften. Elternarbeit in Kooperation von Schule, Kita, Jugendhilfe und Familie“, Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden 2012, S. 114 – 121
- gem. m. Irene Gerlach: *„Eckpunkte einer modernen Familienpolitik“*, in: Stange, Waldemar u. a. (Hg.), s. o., S. 151 - 161
- (Managing Editor) *„Familie Wissenschaft Politik“* Ein Kompendium der Familienpolitik des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Neuauflage, Ergon Verlag Würzburg 2012



- (Mitherausgeber) „*Generationenbeziehungen – Herausforderungen und Potentiale*“ Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Verlag Sozialwissenschaften Wiesbaden 2012

### **Mundolf, Sabine**

- *Jahrestagung der eaf – Fachtagung „Heranwachsende in Familien“*, in: Familienpolitische Informationen, Nr. 5, September/Oktober, S. 7 - 8
- *Wie Sie mit Ihrem Partner glücklich werden, ohne ihn zu ändern!*, in: Familienpolitische Informationen, Nr. 6, November/Dezember 2011, S. 7
- gem. m. S. Keil: *Generationenbeziehungen - Herausforderungen und Potentiale - Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim BMFSFJ*, in: Familienpolitische Informationen, Nr. 1, Januar/Februar 2012, S. 5 - 8
- *Heranwachsende in Familien - Dokumentation der eaf*, in: Familienpolitische Informationen, Nr. 1, Januar/Februar 2012, S. 8
- *Nachhaltigkeit in der deutschen Familienpolitik*, Familienpolitische Informationen, Nr. 2, März/April 2012, S. 4 - 6
- *Biographiemuster und Alterseinkommensperspektiven von Frauen*, Familienpolitische Informationen, Nr. 2, März/April 2012, S. 6 - 8
- *Interview mit dem unabhängigen Beauftragten gegen sexuelle Gewalt gegenüber Kindern*, Familienpolitische Informationen, Nr. 4, Juli/August 2012, S. 1 - 4

### **Riemann-Hanewinkel, Christel**

- *Statement - Familien stärken in evangelischer Perspektive*, in: epd-Dokumentation, Nr. 17/18, 24. April 2012, S. 58

### **Schöningh, Dr. Insa**

- *Das Betreuungsgeld schadet mehr, als es nützt*, in: idea Spektrum, Nr. 15, 12. April 2012, S. 15
- *Nur da, wo Kinder sind? Verantwortungsgemeinschaft Familie*, in: EFiD Arbeitshilfe Familie, April 2012, S. 54 - 58
- Interview mit dem WDR Hörfunk zum Konzept der Grünen „Stärkung von Patchworkfamilien“ am 6. Juni 2012
- *Interview mit idea zu sinkenden Geburtenzahlen*, s. idea Spektrum Nr. 28, 11. Juli 2012, S. 6

## **4. KOOPERATIONEN**

### **4.1 Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Familienorganisationen e. V. (AGF)**

Die AGF-Verbände (DFV, FDK, iaf, VAMV und eaf) trafen sich regelmäßig zu Sitzungen der Geschäftsführer und Geschäftsführerinnen und hielten zudem zwei Mitgliederversammlungen ab. Im Rahmen der AGF wurden mehrere Pressemitteilungen veröffentlicht und ein Fachtag konzipiert und durchgeführt.

Der AGF-interne Fachtag zur Pflege fand am 25. Oktober 2011 statt. Als Ergebnis des Fachtags ist ein Positionspapier der AGF entstanden (...).

([http://www.ag-familie.de/media/docs/pflege/agf\\_pos\\_pflege.pdf](http://www.ag-familie.de/media/docs/pflege/agf_pos_pflege.pdf))

Die Kampagne der AGF zur Anwendung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes (7 %) auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder findet inzwischen auch auf der europäischen Ebene Unterstützung. Am 8. September 2011 hatte die AGF gemeinsam mit der COFACE, dem Familienverband auf europäischer Ebene, eine Veranstaltung zur Reduzierung der Mehrwertsteuer. Die Diskussion war durchaus kritisch und kontrovers gegenüber dieser Maßnahme.

Im Ergebnis unterstützt die COFACE aber diese Forderung, allerdings als eine mögliche und sinnvolle Maßnahme zur Unterstützung von Familien. Eine Harmonisierung des Steuerrechts in dieser Frage auf europäischer Ebene hält sie nicht für erstrebenswert, weil einzelne Länder durchaus andere sinnvolle Maßnahmen zur Unterstützung von Familien implementiert haben, z. B. durch eine Mehrwertsteuer-Rückzahlung für Familien.

Die in der AGF zusammengeschlossenen Familienverbände waren am 21. September 2011 zu einem Meinungsaustausch mit Bundeskanzlerin Merkel eingeladen. Im Bundeskanzleramt traf sich die Bundeskanzlerin mit den Vorsitzenden und Präsidenten der in der AGF zusammengeschlossenen Familienverbände. In dem Gespräch ging es vor allem um die verschiedenen Aspekte der Situation und die Bedürfnisse von Familien in Deutschland. Der gemeinsame Austausch soll auch in Zukunft fortgesetzt werden. Für die eaf nahm Vizepräsident Wolfgang Hötzel an dem Treffen teil (siehe dazu auch den Bericht von W. Hötzel in der FPI 6/2011).

Die Verbände der AGF und das Zukunftsforum Familie (zff) waren am 12. Dezember von Familienministerin Schröder zu einem Austausch eingeladen. Die eaf war durch die Präsidentin Christel Riemann-Hanewinckel und die Bundesgeschäftsführerin Dr. Insa Schöningh vertreten. Die Ministerin versprach, sich auf europäischer Ebene für ein „Jahr der Familie“ in 2014 einzusetzen. Die AGF verfolgt dies über den europäischen Familienverband COFACE ebenfalls. Weniger Einigkeit herrschte bei den Plänen zum Betreuungsgeld, die die Ministerin vorstellte. Weitere Gesprächsthemen waren der Achte Familienbericht und die rechtsterroristische Mordserie, die insbesondere in binationalen und Migrantenfamilien für erhebliche Verunsicherung und Angst sorgt.

Gegen Ende des Jahres kam das Bundesforum Familie mit dem Wunsch, die Zusammenarbeit zwischen BFF und AGF wieder zu intensivieren, auf die AGF zu. Es fanden einige Gespräche der Geschäftsführenden der AGF-Verbände mit den Mitgliedern der Steuerungsgruppe des BFF statt. Als Ergebnis der Gespräche hat die AGF dem BFF einen Vorschlag unterbreitet, wie die Arbeit des BFF unter dem Dach der AGF fortgesetzt werden könnte. Dieser Vorschlag ist gegenwärtig noch in Verhandlung.

Dr. Insa Schöningh war in die Aktivitäten der AGF intensiv eingebunden.

## **4.2 Mitarbeit in Gremien**

Die Mitarbeiterinnen der eaf-Geschäftsstelle sowie die ehrenamtlichen Präsidiums- und Fachausschussmitglieder arbeiten in zahlreichen Gremien, Institutionen und Zusammenschlüssen mit, um im Verbund mit anderen Institutionen familienpolitische Vorhaben zu begleiten und neue Konzepte zu verwirklichen und so gemeinsam zur Verbesserung der Lebenssituation von Familien beizutragen.

In folgenden Gremien und Institutionen arbeitet die eaf regelmäßig aktiv mit (in alphabetischer Reihenfolge):

#### **Ad-hoc-Kommission der EKD „Ehe und Familie stärken“**

Mitglied: Prof. Dr. Ute Gerhard

Beratend: Dr. Insa Schöningh

Die Ad-hoc-Kommission wurde vom Rat der EKD beauftragt, eine neue Ehe- und Familien-Denkschrift zu erarbeiten. Die Ehrenpräsidentin der eaf, Prof. Dr. Ute Gerhard, und die Geschäftsführerin arbeiten in dieser Gruppe aktiv mit. Der Rat hat sich im Sommer 2011 erstmalig mit der Denkschrift befasst und verschiedene Hinweise und Vorschläge zur Überarbeitung gemacht. Die überarbeitete Fassung liegt dem Rat zu seiner Herbstsitzung 2012 erneut zur Beratung vor.

#### **Arbeitsgemeinschaft für allein erziehende Mütter und Väter im Diakonischen Werk der EKD (agae)**

Mitglied: Esther-M. Ullmann-Goertz (bis März 2012)

Sabine Mundolf (seit April 2012)

Die agae traf sich turnusmäßig zweimal jährlich in Eisenach. Im März 2012 erschien das Selbstverständnispapier der agae in Vorbereitung auf das 30-jährige Bestehen im Mai 2012. Esther-M. Ullmann-Goertz hat maßgeblich an der Drucklegung der Broschüre „Allein erziehen“ mitgearbeitet. In dieser Broschüre kommen alleinerziehende Mütter und Väter selber zu Wort und erzählen, welche Herausforderungen und Schwierigkeiten sich ihnen stellen und wie sie diese erleben. „Allein erziehen“ gibt damit ergänzend zu fachlichen Aspekten einen eindrucksvollen persönlichen Einblick in den Alltag Alleinerziehender. Zudem wurde ein Faltblatt, das hilfreiche Empfehlungen für den Fall von Trennung und Scheidung enthält, erarbeitet.

Die Arbeitsgruppe tauschte sich u. a. intensiv über die praktische Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets in den Kommunen aus sowie über das reformierte Unterhaltsrecht und seine Auswirkungen insbesondere auf die alleinerziehenden Mütter.

#### **Beirat des Projekts „Auftrag Familie: Familie stärken in evangelischer Perspektive“**

Mitglied im Beirat: Dr. Insa Schöningh

In diesem Projekt des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD wurde die Arbeit mit und für Familien in drei Landeskirchen untersucht. Außerdem bereitete der Beirat die vielbeachtete Tagung „Familie stärken in evangelischer Perspektive“ am 2./3. Februar 2012 in Eisenach vor. Das Projekt wurde im März 2012 abgeschlossen.

#### **Bundesarbeitsgemeinschaft Ev. Familien-Bildungsstätten und Familien-Bildungswerke e. V. (BAG)**

Mitglied im Vorstand: Dr. Insa Schöningh (bis Dezember 2011)

Die Bundesgeschäftsführerin war Mitglied des Vorstandes. Sie nahm an den Sitzungen des Vorstandes und einer gemeinsamen Sitzung mit der Konferenz (Delegierte aus verschiedenen Landeskirchen) teil. Im Dezember 2011 wurde ein neuer Vorstand gewählt, in dem die Geschäftsführerin der eaf nicht mehr vertreten ist.

### **Bundesarbeitsgemeinschaft Familienerholung (BAGFE)**

Mitglied im Vorstand: Wolfgang Hötzel

Der Vizepräsident, Wolfgang Hötzel, ist Mitglied des Vorstandes der BAGFE und zugleich Mitglied des Vorstandes des Ev. Arbeitskreises Familienerholung als derzeit federführendes Mitglied der BAGFE. Der Schwerpunkt seiner Arbeit in beiden Organisationen liegt in der Entwicklung von Grundlagen, Methoden und Strategien zur Qualifizierung und Weiterentwicklung der gemeinnützigen Familienerholungsarbeit im Sinne von § 16 SGB VIII. In diesem Zusammenhang wurde von ihm für die BAGFE ein ausführliches Perspektiven- und Strategiepapier entwickelt und ein ausführlicher Projektantrag an das BMFSFJ zur Unterstützung der Qualifizierungs- und Vernetzungsentwicklung formuliert. Im letzten Jahr war er wesentlich daran beteiligt, die Evaluationsstudie des DJI zur Familienerholung in einem Beirat zu begleiten, aktuell wird die Auswertung vorbereitet.

Auf die genannten Tätigkeiten entfielen im Berichtszeitraum 12 ganztägige Sitzungen. Im Übrigen ist Wolfgang Hötzel Mitglied des Kuratoriums der Ev. Stiftung Familienerholung. Sie unterstützt mit Vermögenserträgen und Spenden einzelne Familien zur Teilnahme an Familienerholungsmaßnahmen.

### **Bundesforum Familie (BFF)**

Mitglied: Wolfgang Hötzel

Der Vizepräsident der eaf, Wolfgang Hötzel, ist Mitglied der Steuerungsgruppe des Bundesforums Familie. Er hat in bzw. für die Steuerungsgruppe des Bundesforums Familie im Berichtszeitraum an elf Sitzungen teilgenommen. Außerdem fand eine Mitgliederversammlung statt. Im letzten Jahr lag der Schwerpunkt der Arbeit neben der thematischen Projektarbeit auf der Neustrukturierung des BFF u. a. mit einer neuen Rechtsträgerschaft. Wolfgang Hötzel ist maßgeblich an dieser Arbeit beteiligt.

Das BFF ist Ende 2011 auf die AGF zugegangen mit dem Ziel, die Zusammenarbeit wieder zu intensivieren (s. dazu S. 15, Punkt 4.1).

### **Deutsche Ev. Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE), Fachgruppe Familien- und Generationenbezogene Erwachsenenbildung**

Die Veranstaltung 50 Jahre DEAE fand am 30. September 2011 in der Humboldt-Universität zu Berlin statt. Der Umstrukturierungsprozess ist abgeschlossen und die DEAE ist dem Comenius-Institut angegliedert.

Die Kommission unterbreitet als fachliches Beratungsgremium des Verbandes Vorschläge zur Weiterentwicklung der familienbezogenen Erwachsenenbildung. Sie tagt drei- bis viermal jährlich, veranstaltet Fachgespräche und Fachtagungen. Esther-M. Ullmann-Goertz arbeitet in der Kommission mit.

### **Deutscher Evangelischer Kirchentag**

Prof. Dr. Ute Gerhard war bis Herbst 2011 Mitglied der Präsidialversammlung des DEKT. Die Präsidialversammlung versteht sich als das Parlament des Kirchentages, das die Leitlinien und Themenschwerpunkte des nächsten Kirchentages bestimmt und den Vorigen evaluiert.

## **Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (DV)**

Mitarbeiterinnen der Bundesgeschäftsstelle arbeiten im Arbeitskreis Familienpolitik, im Fachausschuss Jugend und Familie und im Hauptausschuss des Deutschen Vereins mit. Der Hauptausschuss tritt einmal jährlich zusammen, die anderen beiden Gremien jeweils viermal jährlich.

### Arbeitsgruppe Monetäre Absicherung von Familien

Mitglied: Sabine Mundolf

Bislang tagte die Arbeitsgruppe einmal.

Die Arbeitsgruppe erarbeitet ein Eckpunktepapier, welches die im Expertenworkshop des DV vom 1. März 2012 hinsichtlich der Um- bzw. Neugestaltung des bestehenden Systems familienpolitischer Leistungen erzielten Arbeitsergebnisse vertiefen und ergänzen soll. Dabei werden Prüfsteine für die Weiterentwicklung des bestehenden Systems der Transferleistungen für die Familie erarbeitet, auf deren Grundlage der Deutsche Verein zur Thematik weiterarbeiten wird. Durch die Besetzung der AG mit Mitgliedern aus unterschiedlichen Bereichen der Verbände, Kommunen und Gremien des DV sollen sowohl die familien- als auch die sozialpolitische Sichtweise verschiedener Ebenen in die Arbeit einfließen.

### Arbeitskreis Familienpolitik

Mitglied: Sabine Mundolf

Der Arbeitskreis traf sich im Berichtszeitraum zu drei Sitzungen; in seiner Funktion befasst er sich mit familienpolitischen Themen und Vorhaben und berät den Fachausschuss Familie und Jugend.

Diskussionsthemen im Berichtszeitraum waren insbesondere die Reform des Unterhaltsvorschlusgesetzes sowie der Entwurf eines Unterhaltsvorschlusentbürokratisierungsgesetzes, der Referentenentwurf eines Sorgerechts nicht miteinander verheirateter Eltern, zum Sorgerecht des leiblichen, nicht rechtlichen Vaters.

Der Arbeitskreis tauschte sich dazu aus, welche Impulse der Achte Familienbericht für eine Zeitpolitik für Familien gibt, ob die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets erfolgreich verläuft oder nicht, wie wirksam ehe- und familienbezogenen Leistungen sind sowie über die Sinnhaftigkeit der Einführung eines s. g. Betreuungsgeldes.

Der Arbeitskreis informierte sich u. a. über Lebenswelten und –wirklichkeiten von Alleinerziehenden, die Einführung einer Familienpflegezeit und die Auswirkungen des 2008 reformierten Unterhaltsrechts, über Kinderschutz und Frühe Hilfen, Aida-Befunde von Stieffamilien und die Charta für familienbewusste Arbeitszeiten.

### Fachausschuss Jugend und Familie

ständiger Gast: Dr. Insa Schöningh

Der Fachausschuss tagte im Berichtszeitraum viermal. In den familienpolitisch relevanten Handlungsfeldern befasste sich der Ausschuss mit der Entwicklung von Kitas (Qualitätssicherung, Fachberatung), dem Unterhaltsvorschlusgesetz, anonymen und vertraulichen Hilfen für Schwangere, dem Bundeskinderschutzgesetz und dem Achten Familienbericht.

### Hauptausschuss:

Mitglied: Dr. Insa Schöningh

Der Hauptausschuss tagte im Berichtszeitraum einmal und beschäftigte sich mit der Jahresrechnung und dem Prüfbericht.

### **Evangelisches Zentralinstitut für Familienberatung gGmbH (EZI)**

Renate Augstein, Präsidiumsmitglied, vertritt regelmäßig die eaf in der Gesellschafterversammlung und im Aufsichtsrat des EZI. Christel Riemann-Hanewinckel ist Aufsichtsratsmitglied.

### **International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR)**

Die *International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR)* hat unter dem Titel „Collaboration instead of Collision. Family Law, Social Policy and Joint Practice“ eine vielbeachtete Tagung in Boston/USA veranstaltet (Juni 2012). Die Bundesgeschäftsführerin war durch die Mitarbeit im Vorstand des ICCFR an der Vorbereitung und Durchführung der Tagung beteiligt. Auf der Vorstandssitzung vor der Tagung wurde sie zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Vom 2. bis 4. September 2011 fand in London das Board Meeting statt, auf dem die Tagung 2012 in Boston vorbereitet wurde.

### **Konferenz Kirchlicher Werke und Verbände (KKWV)**

Vorsitzende: Dr. Insa Schöningh, gemeinsam mit Dr. Hans-Dieter Mattmüller

Der Vorstand tagte im Berichtszeitraum fünfmal. Am 17. November wurde die eaf Bundesgeschäftsführerin, Dr. Insa Schöningh, zur Vorsitzenden der KKWV (Konferenz kirchlicher Werke und Verbände) für drei Jahre gewählt. Im Vorstand lag der Schwerpunkt der Arbeit einerseits auf der Öffentlichkeitsarbeit (neues Logo, überarbeiteter Internetauftritt) und andererseits auf der Überarbeitung der Ordnung der KKWV.

Die Delegiertenversammlung der KKWV tagte zweimal. Im Herbst gab Bischof Fischer den Delegierten einen Einblick in seine Arbeitsfelder (Ethikkommission, Medien, Teilnahme am Besuch des Papstes). Im Frühjahr diskutierte die Delegiertenversammlung die Ehrenamtsstudien der EKD und des DW EKD, beriet und verabschiedete die überarbeitete Ordnung des Verbandes.

### **Kooperationsgruppe im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser beim BMFSFJ**

Mitglied: Esther-M. Ullmann-Goertz

Bei dem Gremium mit Vertretern aus Verbänden und Vertretern der Länder zur Begleitung der Bundesprojekte Mehrgenerationenhäuser. Esther-M. Ullmann-Goertz nimmt in Vertretung der EKD teil. Die Kooperationsgruppe trifft sich dreimal jährlich. Zurzeit begleitet sie die Phase II des Bundesprojektes, das um einige Arbeitsschwerpunkte erweitert wurde, wie z. B. „Pflege und Alter“.

### **Runder Tisch Sexueller Kindesmissbrauch**

Die Präsidentin der eaf, Christel Riemann-Hanewinckel, war Mitglied des von den drei Bundesministerinnen Schröder, Schavan und Leutheusser-Schnarrenberger einberufenen „Runden Tisches gegen sexuellen Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich“ (im Folgenden: „Runder Tisch“). Sie selbst, Mitglieder der eaf-Fachverbände oder der eaf verpflichtete Expertinnen und Experten nahmen an allen drei Arbeitsgruppen teil, zum Teil auch an den zusätzlich eingerichteten Unterarbeitsgruppen. Der Runde Tisch hat seine Arbeit im Dezember 2011 abgeschlossen. Nun ist ein Unabhängiger Beauftragter, Johannes-Wilhelm Rörig, für die Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs eingesetzt, er knüpft mit seiner

Arbeit an die Empfehlungen von Dr. Christine Bergmann und die Ergebnisse des Runden Tisches an.

Am 3. November 2011 fand das Arbeitstreffen zur Vorbereitung der Schlussitzung des Runden Tisches gegen sexuellen Kindesmissbrauch statt. Die Präsidentin der eaf, Christel Riemann-Hanewinckel, hat daran teilgenommen.

Das schon seit längerem geplante Bundeskinderschutzgesetz wurde durch die Arbeit des Runden Tisches politisch gestärkt und das Gesetzgebungsverfahren mit den Erkenntnissen des Runden Tisches verzahnt. Die eaf beteiligte sich intensiv an den Beratungen, sowohl im Vorfeld in den vom Deutschen Verein koordinierten Arbeitsgruppen zur Vorbereitung des Gesetzentwurfs, als auch im Gesetzgebungsverfahren mit einer Stellungnahme.

In der Folge des Runden Tisches gab es von Christel Riemann-Hanewinckel verschiedene Informationsveranstaltungen. Bei der Telefonseelsorge in Halle fand eine Weiterbildungsveranstaltung statt, um die Empfehlungen und Erkenntnisse des Runden Tisches in die Arbeit mit Ratsuchenden am Telefon einzubeziehen. Ebenso haben Mitarbeitende der Evangelischen Stadtmission sich intensiv informieren und beraten lassen, wie die Empfehlungen des Runden Tisches in ihre Arbeit und die Begleitung der Menschen mit Behinderungen in Wohnheimen, Werkstätten und intensiv betreutem Wohnen umgesetzt werden können.

In Nordrhein-Westfalen soll das Konzept „Kein Täter werden“, das von Professor Beier, Charité Berlin, mit verantwortet wird, in einer Kooperation umgesetzt werden. Die Präsidentin hat den Präses der Rheinischen Kirche, Pfarrer Schneider, über dieses Vorhaben informiert und eine Zusammenarbeit befürwortet.

Am 21. Mai 2012 haben die Präsidentin und die Geschäftsführerin im Gespräch mit dem neuen Unabhängigen Beauftragten der Bundesregierung, Johannes-Wilhelm Rörig, die weitere intensive Zusammenarbeit besprochen.

Ende dieses Jahres wird der Beauftragte den Runden Tisch über die Umsetzung der Empfehlungen des Abschlussberichtes erstmals informieren.

### **VDK Sozialverband Deutschland**

Seit Mai 2011 gibt es eine Kooperation mit dem VDK. In einem gemeinsamen Brief haben die Präsidentinnen des VDK, Ulrike Mascher, und der eaf, Christel Riemann-Hanewinckel, einen gemeinsamen Brief an den Gesundheitsminister Dr. Philipp Rösler am 9. Mai 2011 geschrieben. In ihm wurde die rentenrechtliche Absicherung für Pflegende gefordert. Ein weiteres gemeinsames Vorhaben war die Tagung „Pflege zu Hause erleichtern. Perspektiven aus Kirche, Politik, Sozialverbänden und Wirtschaft“ am 5./6. September 2011 mit der Ev. Akademie Berlin.

### **Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen des BMFSFJ**

Mitglieder: Prof. Dr. Irene Gerlach (Vorsitzende)  
Prof. Dr. Dr. Siegfried Keil

Mitglieder des Beirats sind Prof. Dr. Irene Gerlach, Vorsitzende des Beirats und Vorsitzende des Fachausschusses „Sozialpolitik und Recht“ der eaf, und Prof. Dr. Dr. Siegfried Keil, Ehrenpräsident der eaf, der auf Wunsch des Beirats weiterhin als ständiger Gast teilnehmen kann.

Im April 2012 ist das neueste Gutachten „Generationenbeziehungen – Herausforderungen und Potenziale“ erschienen, bei dem Prof. Keil mit einer kleinen Arbeitsgruppe die Endre-

daktion und die zeitgleich erschienene Kurzfassung zu verantworten hatte. Aktuell arbeitete der Beirat an dem neuen Gutachten „Migration und Familie“.

Die Kurzfassung des Gutachtens „Generationenbeziehungen – Herausforderungen und Potenziale“ ist im Februar 2012 erschienen und wurde von Prof. Keil erstellt (s. auch FPI Nr. 1/2012). Die Langfassung wird im Laufe des Sommers 2012 erscheinen.

### **Zukunftswerkstatt Familie der SPD**

Mitglied: Christel Riemann-Hanewinkel

Zur Zukunftswerkstatt Familie hatte die SPD ca. 40 verschiedene Verbände und Organisationen eingeladen, um gemeinsam die verschiedenen familienpolitischen Handlungsfelder zu diskutieren und Handlungsleitlinien zu entwickeln. Schwerpunkte waren unter anderem die Politik für Kinder und Jugendliche, Kinderrechte, Bildung, Neugestaltung Kinderregelsätze im SGB II und das KJHG. Zum Themenschwerpunkt „Familien und Pflege“ hat die Präsidentin der eaf den Einführungsvortrag gehalten.

Das Verfahren bezog nicht nur die beteiligten Verbände in die Diskussion ein, sondern auch die Darstellung des Erarbeiteten auf Bürgerkonferenzen in verschiedenen Städten. Die Ergebnisse der Arbeit liegen als Dokumentationen vor.

## **4.3 Mitwirkung (Tagungen, Seminare) / Medien**

### **Augstein, Renate**

- Vortrag „*Gleichstellungsbericht ‚Neue Wege – Gleiche Chancen‘*“, Sitzung des Fachausschusses 2 „Bildung, Beratung und Soziale Infrastruktur“, Berlin, 18. August 2012

### **Bomm, Gundula**

- „*Neue Zentren für Familien*“, Moderation des Fachforums: „Familien stärken in evangelischer Perspektive“, Haus Hainstein, Eisenach, 2. Februar 2012
- „*Auftrag Familie und Kirche*“, Vortrag zum Fachtag der eaf Thüringen 6. Juni 2012 im Zinsendorfhaus Neudietendorf anlässlich des 20-jährigen Bestehens der eaf Thüringen
- „*Nachgefragt*“ – Interview zum 20-jährigen Jubiläum der eaf Thüringen in „Glaube und Heimat“, Mitteldeutsche Kirchenzeitung, 24. Juni 2012

### **Coenen-Marx, Cornelia**

- Vortrag *Das Thema Familie. Entwicklungen und Perspektiven*, Tagung „Familie stärken in evangelischer Perspektive“, Eisenach, 3. Februar 2012

### **Gerhard, Prof. Dr. Ute**

- „*Eltern zwischen Familie und Beruf - Ein europäischer Vergleich*“, Podiumsdiskussion, veranstaltet von der Stadt Frankfurt und dem Institut Francais, Frankfurt/M., 9. September 2011
- Vortrag „*Die neue Geschlechter(un)ordnung – eine Perspektive auf Familie*“, Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen, 20. September 2011
- „*Women’s Movement and Law. Historical and Sociological Aspects of Research in International Comparison*“, Eröffnungsvortrag zur internationalen Tagung der Universität



Hannover „Internationale Rechtsforderungen zum Familienrecht und Rechtskämpfe des Frauenweltbundes 1830 – 1914“, 30. September - 1. Oktober 2011

- Vortrag „*Was ist Familie? Eine Bilanz aus feministischer Perspektive*“, Öffentliche Ringvorlesung der Universität Basel/Zentrum für Familienwissenschaften „Familie zwischen Wandel und Persistenz“, 4. Oktober 2011
- Beitrag „*Care als Bürgerrecht – über die Schwierigkeiten der Umsetzung in deutsches bzw. europäisches Recht*“, Expertinnen-Workshop des Deutschen Jugendinstituts, München, „Care zwischen Praxis und Normierung, Beziehung und Struktur“, 27./28. Januar 2012
- Podiumsdiskussion „*Familien stärken in evangelischer Perspektive*“, Fachtagung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD „Familien stärken in evangelischer Perspektive“, Eisenach, 3. Februar 2012
- „*Die neue Geschlechter(un)ordnung - Ein Blick auf die gerechtigkeitsorientierte Familie*“, Ringvorlesung der Hochschule Neu-Ulm, 7. Februar 2012
- Beitrag „*Zwischen Schöpfergott und Wohl des Volkes - Legitimierung ost- und westdeutscher Familienbilder*“, Workshop der TU Dresden, 13. April 2012

#### **Gerlach, Prof. Dr. Irene**

- Podiumsdiskussion „*Chancen und Grenzen einer Generationensolidarität*“, DJI-Fachtagung „Kinder und Jugendliche im Generationengefüge - Lebenslagen, Beziehungen, Übergänge“, Hotel Aquino - Tagungszentrum der Katholischen Akademie, Berlin, 10. November 2011

#### **Hötzel, Wolfgang**

- Vortrag „*Perspektiven der gemeinnützigen Familienerholung*“, Fachtagung von DPUV/AWO in Oberhof, 21. November 2011

#### **Keil, Prof. Dr. Dr. Siegfried**

- „*Verliebt, verlobt, verheiratet - einst und jetzt*“, Erzählcafé im Mehrgenerationenhaus, Marburg, 1. Oktober 2011
- „*Was soll uns im Jahr 2011 der Volkstrauertag*“, Politischer Salon, Marburg, 18. November 2011
- „*Führung und Charisma - Pfadfinder und Gruppenzusammenhalt*“, Wiss. Tagung der Universität Marburg „Pfadfinder - Herausforderungen und Problemfelder einer traditionellen Kinder- und Jugendbewegung“, Wolfshausen, 16. - 18. März 2012.

#### **Mundolf, Sabine**

- Vortrag „*Auswirkungen des reformierten Unterhaltsrechts – Erkenntnisse aus der Rechtspflege*“, Arbeitskreis „Familienpolitik“ des Deutschen Vereins, Berlin 9. August 2012

#### **Riemann-Hanewinkel, Christel**

- Veranstaltung VDK, eaf, Ev. Akademie Berlin, Streitgespräch, „*Pflegende Angehörige – eine tragende Säule von Pflegearrangements. Was geschieht zu ihrer Entlastung und Unterstützung*“, Französische Friedrichstadtkirche auf dem Gendarmenmarkt, Berlin, 5. September 2011

- Fachgespräch „Kooperationen von eaf und ZFF“ mit Frau Reckmann und Frau König, Zukunftsforum Familie, 14. September 2011
- *Einführung und Moderation*, Veranstaltung zur Umsetzung der Frauenrechtskonvention CEDAW in Deutschland, insbesondere für Frauen und Kinder, die als Flüchtlinge in Deutschland leben, Kooperation mit dem Flüchtlingsfrauenhaus Sachsen-Anhalt und der Kommunalen Gesamtschule Hutten, Halle/S., 23. September 2011
- Vortrag „Was Familien brauchen! Der Reformbedarf in der Familienpolitik“, Mitgliederversammlung eaf Bayern, Nürnberg, 8. November 2011
- Festvortrag „Ev. Zeitanzeige“, Neujahrsempfang des Evangelischen Kirchenkreises Gelsenkirchen, 1. Dezember 2011 „Ist Familie unbezahlbar? Was Familien wirklich brauchen.“
- Podiumsdiskussion, „Familien stärken in evangelischer Perspektive“, Fachtagung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD „Familien stärken in evangelischer Perspektive“, Eisenach, 3. Februar 2012
- *Podiumsdiskussion*, Veranstaltung zum „Fakultativprotokoll der Individualbeschwerde zur UN-Kinderrechtskonvention durch die Vereinten Nationen“, Kooperation von „Kinder-Nothilfe“ Duisburg, Friedrich-Ebert-Stiftung und National-Coalition, 23. Februar 2012
- *Fernsehinterview*, „10 Jahre Interventionsstelle Häusliche Gewalt“, Veranstaltung zum Gewaltschutzgesetz, Sachsen-Anhalt, Halle, 2. Juli 2012
- Diskussionsbeitrag, BERLINER DEMOGRAFIE FORUM „2012 Familie – Kinder – Gesellschaft“, 12./13. Januar 2012
- Diskussionsbeitrag, UNICEF: Zur Lage der Kinder in Deutschland 2011/2012, „Starke Kinder – starke Eltern: Kindliches Wohlbefinden und gesellschaftliche Teilhabe“, Bundespräsidialamt, 24. Januar 2012

#### **Schöningh, Dr. Insa**

- Fachgespräch „Kooperationen von eaf und ZFF“ mit Frau Reckmann und Frau König, Zukunftsforum Familie, 14. September 2011
- Moderation Fachtagung „Familien stärken in evangelischer Perspektive“, Eisenach, 3. Februar 2012
- Vortrag „In der Familienphase“, 40 Jahre Frauenbewegung in Deutschland, Bad Boll, 12. Mai 2012

#### **Ullmann-Goertz, Esther-M.**

- Vortrag „Pflege in guter Gesellschaft“ zur Pflegefilmvorführung, Gemeinde St. Bartholomäus, Berlin, 2. September 2011
- Vortrag „Pflege in guter Gesellschaft“ zur Pflegefilmvorführung, Frauenkreis St. Bartholomäus, Berlin, 19. Oktober 2011
- Vortrag „Die eaf als familienpolitischer Verband - Struktur und besondere Projekte“, Kirchenamt der Nordelbischen Landeskirche, Kiel, 8. Dezember 2011
- Moderation, Veranstaltung der eaf Thüringen „Wenn die Eltern älter werden“, Weimar, 10. Mai 2012

## **5. LANDESARBEITSKREISE**

### **5.1 Konferenz und Arbeitstreffen**

Geschäftsführende und Vorstandsmitglieder aus den Landesarbeitskreisen/Landesverbänden der eaf trafen sich zu ihrem Arbeitstreffen am 1./2. Dezember 2012 in Berlin. Bernd Heimberg gab einen Bericht von der Arbeit der Steuerungsgruppe eaf/BAG Familienbildung, die eine zukünftig neue Verbandsstruktur vorbereitet. Zudem wurden Arbeitsweisen der Landesarbeitskreise besprochen und verschiedene Planungen für 2012 verabredet.

#### **Konferenz der Landesgeschäftsführungen (LGFK)**

Die Geschäftsführenden aus den Landesarbeitskreisen/Landesverbänden informierten sich gegenseitig über die Schwerpunkte der eaf-Arbeit und die familienpolitischen Schwerpunkte der jeweiligen Bundesländer und Landeskirchen am 22./23. März 2012 in Hannover. Am zweiten Tag stand ein Gespräch mit OKR Cornelia Coenen-Marx über den Umgestaltungsprozess eaf/BAG Familienbildung auf dem Programm.

### **5.2 Tätigkeitsberichte der Landesarbeitskreise**

#### **eaf Baden**

##### **Synode 2011: Preisverleihung des Wettbewerbs „Wer knüpft das beste Netz für Familien“**

Mit der Preisverleihung von vier Projekten im April 2011 fand der Familienkongress „Kirche für Familien“ (2010) seinen Abschluss. Die Preise bestanden aus einer Anerkennung zwischen 500,- € und 100,- € und einem Gutschein über „menpower“. Diese soll durch Beratung, Coaching und Workshops vor Ort die jeweiligen Projekte unterstützen und weiter entwickeln. Die Preisverleihung wurde zusammen mit den eaf Vorsitzenden von der Synodalpräsidentin vorgenommen.

##### **Zukunftskongress 2011**

18 Foren, zwei Podien und Vorträge beschäftigten sich beim Zukunftskongress „Gemeinsam Glauben Gestalten“ am 22. Oktober 2011 mit aktuellen Themen wie „Milieusensible Gemeinde“, „Gabenorientierter Einsatz von Mitarbeitenden“, „Networking“, „Kunst des Loslassens“, „Neue Formen ehrenamtlichen Engagements im kirchlichen und bürgerlichen Kontext“. Auf einem Zukunftsmarkt wurden verschiedene Projekte vorgestellt. Die eaf Baden nahm mit einem Stand an diesem Kongress teil, um ihre Arbeit und die Arbeit der einzelnen Referate und Bereiche vorzustellen.

##### **Familienpolitisches Gespräch in Baden-Württemberg**

Am 27. September 2011 wurden die vier Kirchen zu einem familienpolitischen Gespräch mit den Regierungsverantwortlichen in Baden-Württemberg eingeladen. Grundlage war das gemeinsam entworfene Positionspapier „Für eine familienorientierte Politik in Baden-Württemberg“ - Positionen der katholischen und evangelischen Kirche in Baden-Württemberg zu zentralen familienpolitischen Herausforderungen. Die eaf lieferte für dieses Papier wichtige Diskussionsgrundlagen und war zwar nicht als eaf, jedoch durch verschiedene Personen, die der eaf angehören, vertreten.

### Ökumenische Zusammenarbeit

Die ökumenische Zusammenarbeit in Baden mit der Erzdiözese Freiburg ist nach wie vor von einer guten und konstruktiven Zusammenarbeit geprägt.

Aktuelle Themen aus den Arbeitsbereichen: Ausbildung von ehrenamtlichen Familienberater/innen für die Landwirtschaft, neuer Flyer und Projekt der Familienpflege und Dorfhilfe „Was, wenn die Familie Kopf steht“, Bildungspaket in Baden-Württemberg, Engagement mit und für Familien mit Handycaps, Front gegen die Kürzung des Landeserziehungsgeldes, 50 % Stelle für die Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Familienzentren, Antrag auf Landesförderung für MGH's, Familienzentren, sozialraumorientierte Zentren, Familienpolitisches Gespräch der vier Kirchen (Positionspapier), Netzwerk Alleinerziehendenarbeit.

### Woche für das Leben

Thema: Miteinander der Generationen - Den Generationenvertrag neu gestalten – Kann das Dorf Vorbild sein? Aktionstag am 23. April 2012 in Eichstetten.

### Themen und Projekte der eaf-Mitglieder

- Das **Projekt Wellcome**, der Frauenarbeit der Evangelischen Landeskirche in Baden und dem Diakonischen Werk Freiburg hat sich zu einem festen Angebot entwickelt, inzwischen an vier Standorten
- Als ein Schwerpunktthema im Rahmen des Hertie Audits zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat sich das Thema **„Vereinbarkeit von Pflege und Familie“** herauskristallisiert (s. bundesweite Kampagne der eaf "Pflege in guter Gesellschaft").
- Zwei **Multiplikationsschulungen zum Elternkurs „auf eigenen Beinen stehen“**:  
Teil I: Kurs für Mütter und Väter mit Kindern in den ersten drei Lebensjahren,  
Teil II: Kurs für Mütter und Väter mit Töchtern und Söhnen im Alter von 12 bis 16 Jahren,  
in Planung: Fachtag für Patinnen und Paten sowie Fachtag für Berufe rund um die Geburt und Säuglingspflege.
- **„Zum Wohle des Kindes?!** Fachtag am 23. März 2011 zur gemeinsamen elterlichen Sorge nicht verheirateter Paare
- Ausbildung von ehrenamtlichen **landwirtschaftlichen Familienberatern** in Zusammenarbeit mit dem Ev. Bauernwerk in Württemberg in Planung
- **Fachtag „Frühe Kindheit gemeinsam gestalten“** Kooperationsveranstaltung der Ev. Hochschule Freiburg mit der Diakonie Baden
- Kooperationsprojekt RPI/EOK **zur Fachberatung für Lehrer „Elternbildung an Schulen“**
- **Antrag auf Landesförderung für MGH's**, Familienzentren, sozialraumorientierte Zentren
- **Weitere Schwerpunktthemen** der familienbezogenen Arbeit sind z. B.:  
Onlineberatung, Pränataldiagnostik, neue Konzepte in der Familienpflege und Haushaltshilfe, Kitas zu Familienzentren, Hilfen von Anfang an – Frühe Förderung von Kindern und Familien
- **Mitarbeit in Ausschüssen und AK's des Landesfamilienrats**: AK „Landeserziehungsgeld“, AK Alleinerziehendenarbeit, AK Familie und Schule, Broschüre und Fachtag „Die Schule besser machen“

## Familienpolitik des Landes Baden-Württemberg

### Landesfamilienrat

Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg ist der Zusammenschluss von Verbänden und Organisationen, die landesweit in der Arbeit mit und für Familien engagiert sind. Die eaf Baden ist über zwei Delegierte der Evangelischen Landeskirche in Baden und zwei des Diakonischen Werkes Baden vertreten. Neben drei Vorstandssitzungen und einer Mitgliederversammlung, arbeitet der Landesfamilienrat in drei Hauptausschüssen und mehreren Unterausschüssen. Der Landesfamilienrat hat im Jahr 2011/2012 mehrere Grundsatzpapiere verfasst, Tagungen zu unterschiedlichen Themen angeboten und ist Gesprächspartner für neue Förderprogramme:

- „Familien fördern - Kinder schützen“ - Positionspapier zum Kinderschutz
- „Familie und Schule“: Der Landesfamilienrat beteiligte sich an der allgemeinen Bildungsdiskussion und veröffentlichte ein Positionspapier mit zentralen Thesen zur Schule aus Familiensicht. Im April 2011 fand die Tagung „Eltern beteiligen, nicht überfordern“ in Kooperation mit dem Landeselternbeirat statt. Sie hatte vor allem den Dialog zu politisch Verantwortlichen im Blick.
- „Arm im Kinderland?“ – Kinder und Familien wirksam vor Armut und ihren Folgen schützen: Positionspapier als Beitrag zur Landtagswahl und Gespräch mit den familienpolitischen Sprechern.
- Kongress „Alleinerziehende als Zeitjongleure und das Positionspapier „Familien in konzentrierter Form“ (2012 in Vorbereitung).
- Die vielbeachtete Tagung zur Vereinbarkeit von Familie und Pflege „Zwischen Pflegebett und Bürostuhl“ (Juni 2009) war Grundlage des Positionspapiers „Rund um die Uhr - Angehörige zwischen Beruf und Pflege“ (August 2011).
- Gemeinnützige Erziehungs- und Bildungsprojekte, gefördert durch die Stiftung Kinderland, sollen dazu beitragen, dass Kinder und Familien optimale Lebens- und Entwicklungschancen in Baden-Württemberg vorfinden.
- Die Initiative Kindermedienland Baden-Württemberg möchte die Stärken und Schwächen der modernen Medien für Kinder und Jugendliche aufzeigen. Insbesondere sollen Kinder aus Migrationsfamilien erreicht werden. Aktuell wird ein Internetportal aufgebaut.
- Der Sonderausschuss „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden“ des Landtages Baden-Württemberg befasst sich mit Ursachen, Abläufen und Konsequenzen des Amoklaufs in Winnenden vom 11. März 2009, um ein Förderprogramm zur Prävention zu entwickeln.
- Im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes wurden verschiedene Projekte initiiert. Der Landesfamilienrat hat sich an der Diskussion „Ausbau von familienunterstützenden Dienstleistungen“ beteiligt.
- Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken, hat die Landesvereinigung baden-württembergischer Arbeitgeberverbände eine Agenda zur Vereinbarkeit, Bildung und Ausbildung unterzeichnet. Im Mittelpunkt steht das Projekt Familie in Beruf und Leben (Fa.i.B.Le.) mit mehreren Modulen, u. a. TECHNOlino (frühkindliche Förderung in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften etc.), Kooperation Kindergarten - Schule - Eltern; Koordinierungsstelle zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf (familyNet).
- Der Runde Tisch „Integration gemeinsam schaffen“ möchte auf dem Hintergrund des Landesintegrationsplanes Eltern mit Migrationshintergrund erreichen, um die Bildungserfolge ihrer Kinder positiv zu beeinflussen.

- Kindeswohl bei Trennung und Scheidung, Pflegestützpunkte, Familienhebammen/Familienbesucher, Konzept zum Ausbau familienunterstützender Dienstleistungen, Unterhaltsvorschussgesetz waren weitere Themen.
- Das Landesprogramm „Stärke“ zur Eltern- und Familienbildung möchte mit einem Gutschein von 40 Euro pro Elternpaar eines Neugeborenen die Elternkompetenz stärken. „Stärke“ legt den Fokus auf das erste wichtige Lebensjahr und wird von vielen Bildungsträgern und Verbänden in Baden-Württemberg als Anbieter genutzt.
- „Elternchance ist Kinderchance“ ist ein Projekt des Bundes, um Eltern stärker in die frühe Förderung ihres Kindes mit einzubeziehen. Es zeigt sich, dass es schwierig ist, dieses Bundesprogramm mit dem Landesprogramm Stärke sinnvoll zu kombinieren.
- 30-Jähriges Jubiläum am 22. November 2011 mit Festvortrag von Prof. Rump: „Zwischen Stühlen sitzen – Familien in der Arbeitswelt – Zeit für Verantwortung in der Familie“.
- Bei dem Pakt für Familien steht die Verbesserung der Kleinkindbetreuung im Mittelpunkt (höhere Zuweisungen für die Kommunen, 2012/2013 zusätzliche Mittel zur Sprachförderung im Bereich der 3- bis 6-jährigen Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern).
- Einführung eines Armuts- und Reichtumsberichts in Baden-Württemberg
- Mitfinanzierung der Schulsozialarbeit aus Landesmitteln in Planung
- Novellierung des Landeserziehungsgeldes: Ausbau der Kinderbetreuung und Förderung besonders bedürftiger Familien in Planung.

Magdalena Moser  
Geschäftsführerin

## **eaf bayern**

Die Mitgliederversammlung der eaf bayern wählte am 23. März 2011 einen neuen Vorstand: Birgit Löwe (Vorstandsmitglied des Diakonischen Werkes Bayern) wurde zur 1. Vorsitzenden, Ludwig Selzam (Vorsitzender des Ev. Kindertagesstättenverbandes Bayern) zum 2. Vorsitzenden und Hanna Kaltenhäuser (Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt) zur 3. Vorsitzenden gewählt. Am 1. September 2011 übernahm Frau Renate Zeilinger die Geschäftsführung der eaf bayern. Zusätzlich verantwortet die neue Geschäftsführerin der eaf bayern als Referentin den Fachbereich Familienarbeit des Diakonischen Werkes Bayern sowie das Projekt „Diakonie-Gütesiegel Familienorientierung“.

## **Entwicklungen und Schwerpunkte in der Familienpolitik in Bayern**

### **Mehrgenerationenhäuser**

In Bayern gibt es derzeit insgesamt 96 MGH's. Davon befinden sich 85 in der Förderung des Aktionsprogrammes II (bis Ende 2014). Für elf MGH's läuft die Förderung aus dem Aktionsprogramm I Ende 2012 aus. Unter Federführung des Diakonischen Werkes Bayern befinden sich insgesamt 12 der MGH's in Bayern.

Die Steuerungsgruppe Mehrgenerationenhäuser in Bayern, die aus Vertretern und Vertreterinnen der LAG FW, des Bayerischen Städtetags, des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen sowie des Landesnetzwerkes für Bürgerschaftliches Engagement zusammengesetzt ist, hat ihre Arbeit aufgenommen. Ziel ist die nachhaltige Sicherung der Mehrgenerationenhäuser in Bayern durch Verbreiterung der

Finanzierungsgrundlagen und die Vermeidung von Doppelstrukturen. Eine Herausforderung dabei wird vor allem sein, die finanzielle Beteiligung des Staates nicht aus dem Blick zu verlieren.

### **Novellierung des Bayerischen Kinderbildungs- und –betreuungsgesetzes (BayKiBiG)**

Eine Novellierung des BayKiBiG (in Kraft seit 1. August 2005) soll vor allem die Verbesserung des Betreuungsschlüssels und ein beitragsfreies Kindergartenjahr beinhalten. Der Evangelische KITA-Verband Bayern hat mit Unterstützung der Evangelisch-Lutherischen Kirche und des Diakonischen Werkes in Bayern zu einem ersten Entwurf zur Änderung des BayKiBiG Stellung genommen. Es wird darin insbesondere betont, dass der vorliegende Gesetzentwurf die Qualität in Kindertageseinrichtungen nicht ausreichend sichert. Die eaf bayern schloss sich dieser Stellungnahme an und sprach sich darüber hinaus „grundsätzlich für mehr Qualität in Kindertageseinrichtungen aus, um ein chancengerechtes Aufwachsen aller Kinder und den Familien die notwendigen Voraussetzungen für eine gute Vereinbarkeit von beruflichen und familiären Belangen ausreichend zu ermöglichen“ ([www.evkitabayern.de](http://www.evkitabayern.de)).

### **Familienpflegezeitgesetz (FPfZG)**

Mit dem Familienpflegezeitgesetz zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf (neben dem Pflegezeitgesetz) soll die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf verbessert werden. Die eaf bayern hat in ihrer Stellungnahme das Gesetz als Weg in die richtige Richtung grundsätzlich begrüßt, gleichzeitig jedoch zum Ausdruck gebracht, dass den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Pflegeaufgaben, die damit einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag leisten, nicht ausreichend gerecht wird. Kritik wird seitens der eaf bayern vor allem am fehlenden Rechtsanspruch geübt. Die eaf bayern schließt sich den Forderungen nach einer gesetzlichen Regelung analog zur Elternzeit an. Kritisch angemerkt wird auch die einseitige Verteilung der Kosten der vorgeschriebenen Versicherung auf die Beschäftigten. Ein wichtiges Signal an dieser Stelle wäre eine Kostenbeteiligung der Arbeitgeber gewesen. Das Gesetz mit einer maximalen Pflegezeit, die das Gesetz zu Grunde legt, wird es zudem der durchschnittlichen Pflegedauer von acht Jahren mit der nicht annähernd gerecht.

### **Kindergrundsicherung**

Die Armutsgefährdung und -prävention in Bayern ist nach wie vor im Fokus. Die aktuellen Zahlen im Sozialbericht der bayerischen Staatsregierung, der im November 2011 veröffentlicht wurde, zeigen auf, dass von offiziell 1,6 Millionen Menschen, die als armutsgefährdet gelten, 514.000 unter 25 Jahre sind. Die eaf bayern wird eine Stellungnahme zur Armut von Kindern und jungen Menschen vorbereiten.

### **Politische Gespräche der Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände (AGF)**

Vertreter und Vertreterinnen der drei in der AGF zusammengeschlossenen Familienverbände führten 2011 Gespräche mit den sozialpolitischen Sprecherinnen von Bündnis 90/Die Grünen. Gespräche mit den sozialpolitischen Sprecher/innen der anderen Parteien sind vorgesehen.

In einem Gespräch der AGF mit dem Verband der bayerischen Wirtschaft kristallisierte sich neben anderen Themen wie z. B. „Wirtschaftsunternehmen und deren Verantwortung für Familie“ insbesondere das Thema „Pflege und die damit verbundenen Herausforderungen“ heraus. Diese Gespräche werden weiter fortgeführt.

### **Kampagne der AGF „7 % für Kinder“**

Die AGF in Bayern unter Federführung der eaf bayern unterstützt die Kampagne der AGF auf Bundesebene, sich für die Senkung der Mehrwertsteuer für Produkte und Dienstleistungen für Kinder stark zu machen. Mit einem Schreiben richtete sich die AGF unter Federführung der eaf bayern 2011 an die Bundes- und Landtagsabgeordneten aus Bayern mit der Anfrage, die Kampagne zu unterstützen.

### **Forschungsprojekt des Staatsinstituts für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb)**

Im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen führt das Forschungsinstitut ifb eine Befragung zur Familienfreundlichkeit in Bayern durch. Befragt werden Eltern und Kommunen nach Angeboten zur Unterstützung von Familien. Die Befragung erfolgt nun nach Bestimmung mit dem Städtetag. Die Ergebnisse liegen voraussichtlich Ende 2012 vor. Die zukünftige Beteiligung der AGF u. a. an der Präsentation der Ergebnisse bedarf noch einer Klärung.

### **Teilhabe- und Bildungspaket**

Im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets wurden für Kinder (Leistungen nach SGB II und XII u. a. für Schulausflüge, Klassenfahrten, ergänzende Lernförderung, Schulbedarf, Mittagsverpflegung zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in Form von Mitgliedsbeiträgen) favorisiert.

Seitens der Bundesregierung werden nach wie vor die Bildungsgutscheine favorisiert, diese stehen aus Sicht der eaf bayern einem diskriminierungsfreien Umgang mit den Leistungen entgegen. Ebenso erscheint die Ausgabe von Sachleistungen in der Praxis kaum umsetzbar. Die Leistungen für Bildung und Teilhabe direkt als Barleistung an die Eltern, könnte ein wichtiger Beitrag sein, die Leistungen ohne großen bürokratischen Aufwand an die Kinder weiter zu geben und würde die Selbstverantwortung der betroffenen Eltern fördern. Die eaf bayern bringt im Landesbeirat für Familienfragen als eine der drei Familienverbände der AGF ihre Bedenken und Vorschläge ein. Eine umfassende Auswertung über die Inanspruchnahme der Leistungen steht noch aus.

Bereits jetzt ist zu sehen, dass die gedachten Leistungen bei den Betroffenen nicht ankommen. Nur ein geringer Prozentsatz der Gesamtsumme ist bisher beantragt und bewilligt worden.

### **Betreuungsgeld**

Das auf dem Koalitionsgipfel Anfang November 2011 beschlossene Betreuungsgeld soll ab 2013 umgesetzt werden und ist bei fast allen Experten und Expertinnen sehr umstritten.

Kritiker des vorgesehenen Betreuungsgeldes heben in ihren Stellungnahmen und Einschätzungen besonders hervor, dass vorrangig die Infrastruktur qualitativ und quantitativ weiter ausgebaut werden sollte, um Familien zu unterstützen. Die eaf bayern hat im März 2012 zum vorgesehenen Betreuungsgeld eine Stellungnahme verabschiedet: ([www.eaf-bayern.de](http://www.eaf-bayern.de)).

### **Familienorientierung in der Personalpolitik**

Das verbandseigene Gütesiegel „Familienorientierung“ des Diakonischen Werkes Bayern konnte 2010 und 2011 zum ersten Mal an Träger aus Diakonie und Kirche verliehen werden. Die Zertifikatsträger verpflichten sich damit, familienfreundliche Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf – sowohl die Kinderbetreuung als auch Pflegeaufgaben betreffend - in ihren Einrichtungen umzusetzen und die Familienorientierung in der Unternehmens- und Personalpolitik weiter zu entwickeln.



Die Evangelische Hochschule in Nürnberg führte 2011 in Kooperation mit dem Diakonischen Werk Bayern eine Studie zum Thema „Familienorientierung in der bayerischen Diakonie“ durch. Im Rahmen des Forschungsprojektes wurde eine Online-Umfrage unter den Mitgliedern des Diakonischen Werkes Bayern zum Thema Familienorientierung sowie Dienstvereinbarungen zum Familienbudget ausgewertet sowie qualitative Interviews mit den ersten Zertifikatsträgern des Gütesiegels durchgeführt. Fazit ist, dass Familienorientierung in der bayerischen Diakonie auf einem guten Weg ist, die Familienorientierung immer mehr auch in den Chefetagen Einzug hält sowie umgesetzte Maßnahmen positive Effekte sowohl für Mitarbeitende als auch für Arbeitgeber mit sich bringen.

### **Mitgliederversammlung der eaf bayern im November 2011**

Im Rahmen der Mitgliederversammlung der eaf bayern referierte die Präsidentin der Bundes-eaf - Christel Riemann-Hanewinkel – engagiert zum Thema „Was Familien brauchen – Der Reformbedarf in der Familienpolitik“ und setzte Impulse für notwendige Entwicklungen in der Familienpolitik auf Bundes- und Landesebene.

### **Öffentlichkeitsarbeit 2011**

Folgende Projekte konnten im Jahr 2011 aus staatlichen und landeskirchlichen Mitteln umgesetzt werden:

- Familienpolitische Informationen der eaf bayern
- Websites [www.eaf-bayern.de](http://www.eaf-bayern.de) und [www.vertrauen-von-anfang-an.de](http://www.vertrauen-von-anfang-an.de)
- Nachdruck der Broschüre „Familie und Migration“
- Nachdruck Flyer „Elternbriefe zur religiösen Erziehung“ der eaf bayern
- Anpassung der Websites zur Bestellung der Elternbriefe
- Projekt „Elternbildung für sozial benachteiligte Eltern nach der Geburt eines Kindes“
- Projekt „Familienberatung Südstadtforum“.

Die Nachfrage nach den Publikationen der eaf bayern ist gleichbleibend groß.

Renate Zeilinger  
Geschäftsführerin

## **eaf Berlin-Brandenburg e. V.**

Im Land Brandenburg wurde 2011 das neue Familien – und kinderpolitische Programm der Landesregierung verabschiedet. Flankiert von einem Maßnahmenkatalog werden hier Eckpunkte der Familienpolitik für die nächsten Jahre festgeschrieben. Dabei soll auf die bewährte Arbeit der „Lokalen Bündnisse für Familien“ zurückgegriffen werden. Kritik kommt allerdings von Seiten der Städte und Kommunen, die die mangelnde Bereitstellung der Finanzen zur Umsetzung des Programms kritisieren. Die Familienverbände haben den Prozess fachlich begleitet und ihre Positionen bei einer Anhörung im Landtag vertreten. Die eaf hatte 2011 die Federführung der LAGF.

Schwerpunkte der Arbeit in der LAGF waren:

- Gleichstellungspolitisches Programm der Landesregierung
- Familien- und Kinderpolitisches Programm
- Modellprojekt Familienfreundliche Region
- Landeswettbewerb Familien- und kinderfreundliche Gemeinde
- Projekte zur Integration Alleinerziehender in den Arbeitsmarkt

- Entwurf zum Bundeskinderschutzgesetz
- Stiftung „Hilfe für Familien in Not“.

In Berlin wurde 2011 der Familienbericht des Berliner Beirates für Familienfragen veröffentlicht. Die Familienverbände und so auch die eaf haben sich sehr intensiv mit den Ausführungen des Berichts auseinandergesetzt. Die AGF hat dazu eine Anhörung mit Fachleuten und Politikern organisiert, bei der vor allem die mangelnden Angebote und die fehlende Finanzierung im Bereich der Familienbildung im Mittelpunkt standen.

Leider finden sich auch im Koalitionsvertrag der neuen rot-schwarzen Landesregierung nur wenige Verweise auf den Bereich Familie und der Punkt Familienbildung fehlt ganz.

Der Vorstand des Landesarbeitskreises befasste sich neben den schon benannten Themen mit den Schwerpunkten:

- Familienbildung, Familienferienreisen
- Pflege in der Familie
- Angebote für Familien im ländlichen Raum
- Zusammenarbeit mit der Evangelischen Erwachsenenbildung
- Öffentlichkeitsarbeit.

In Kooperation mit dem Amt für Kirchliche Dienste wurden wieder Veranstaltungen durchgeführt, so ein Qualifizierungskurs für Mitarbeiter/innen in der Eltern-Kind-Arbeit, ein Vater-Kind Wochenende und es wurde der Aufbau von Angeboten der Familienbildung in einem Potsdamer Stadtteilzentrum unterstützt.

Die eaf war auf verschiedenen Veranstaltungen auf Landesebene präsent, u. a. auf der Landesarmutskonferenz und der Brandenburgischen Familienbildungsmesse. Sie wirkte bei der Veranstaltung zum Thema „Pflege in guter Gesellschaft“ der Bundes-eaf in Berlin mit.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurde der Flyer des Landesarbeitskreises an alle Kirchenkreise, Diakoniewerke und kirchlichen Verbände verschickt. Erstmals hat der LAK nun eine eigene Homepage: [www.eaf-berlinbrandenburg.de](http://www.eaf-berlinbrandenburg.de).

Dr. Frank Wilde  
Geschäftsführer

## **eaf Kurhessen-Waldeck**

### **Bundesinitiativen**

- Derzeit gibt es lokale Bündnisse für Familien in 70 hessischen Kommunen und Kreisen
- Aktuell werden in Hessen 28 Mehrgenerationenhäuser - davon (26 Einrichtungen aus dem Vorläuferprogramm) sowie zwei neue Häuser (Bad Nauheim und Fulda) - gefördert.

### **AGF-Hessen** (Federführung EAF EKKW)

Wie in den Vorjahren finden regelmäßige Sitzungen und ein kooperativer Austausch statt. Das Grundsatzprogramm der AGF dient dabei nach wie vor als Türöffner. Die AGF führte Gespräche mit dem Sozialministerium und mit den Familienpolitischen Sprecher/innen der CDU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Das Gespräch mit der Partei „Die Linke“ soll in diesem Jahr nachgeholt werden. Auffällig ist die im Vergleich zu den Vorjahren größere

Gesprächsbereitschaft und die (bis auf eine Ausnahme) bessere Informiertheit der Gesprächspartner/innen.

Die AGF möchte die Einrichtung eines Landesbeirats für Familienfragen anregen (vgl. Rheinland-Pfalz) und vergleicht aktuell die Konzepte unterschiedlicher Bundesländer.

- Der Deutsche Familienverband, Landesverband Hessen wird aus Mangel an Mitgliedern zum 31. März 2012 aufgelöst. Damit besteht die AGF aus dem BDK, VAMV und der eaf (Landesarbeitskreise EKHN und EKKW)
- Im September 2011 hatte die eaf einen Informationsstand mit kleinen Aktionen auf dem Hessischen Familientag in Eltville mit guter Resonanz (alle zwei Jahre an unterschiedlichen Orten in Hessen).
- Im September 2012 ist ein gemeinsamer Studientag zum Achten Familienbericht (Referentin Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe) geplant.

### **Mitgliederversammlung**

Thema der Fachtagung mit Mitgliederversammlung im September 2011 war das Audit in der Badischen Landeskirche „Beruf und Familie“.

(Grundlagen, Ablauf, Chancen und Stolpersteine; Referentinnen: Hannelore List, Projektleiterin (eaf Baden); Tamara Metzger, Leitung Personalabteilung).

Die eaf-EKKW hat in Kooperation mit der MAV der Landeskirche vorgeschlagen, das Landeskirchenamt durch die Hertiestiftung einem Audit (Vereinbarkeit Familie, Pflege, Beruf) zu unterwerfen. Die Rücksprache mit der Leitung (Vizepräsident) ergab eine prinzipielle Bereitschaft, sich dem Thema zuzuwenden. Bevor eine Entscheidung fällt, soll jedoch zuvor das Umweltaudit abgeschlossen sein (Termin ungewiss).

### **Veranstaltungen und Aktionen**

- Studientage des Arbeitskreises Kinder in der eaf-EKKW (Engagement im Rahmen der „Woche für das Leben“),
- 05/2011 *„Kinder und Sexualität – gibt's“*, Referentin Christa Wanzeck-Sielert sowie 5 Workshops,
- Veranstaltung *„Inklusion – ja sicher, aber wie, wen und wie weit?“* Referentin Jessica Löser, Hannover sowie 5 Workshops, April 2012,
- Die Landeskirche hat 2009 entschieden, die Aktion *„Mit Kindern neu anfangen – Taufverantwortung wahrnehmen“* der Ev. Kirche von Westfalen für EKKW zu übernehmen. Der Arbeitskreis Kinder begleitet das Projekt in den ersten fünf Jahren der Erprobung. Mittlerweile nehmen ca. 70 Gemeinden an dem Projekt teil. Es entwickeln sich neue Arbeitszusammenhänge, in denen das Interesse am Thema „Familie“ groß ist. Am 12. März 2011 fand der 2. Fachtag zum Thema *„In die Wiege gelegt“ – Glaube als Frage von Familie und Milieu“* und am 24. März 2012 der 3. Fachtag zum Thema *„Trägt der liebe Gott auch Gummistiefel?“ – Religiöse Fragen aus Kindermund* statt.

Brigitta Leifert  
Geschäftsführerin

## **eaf Hessen-Nassau**

### **Hessen - Familienpolitische Entwicklungen in Hessen**

#### **Familienzentren**

Mit dem Programm „Etablierung von Familienzentren in Hessen“ fördert das Land Hessen Einrichtungen, die eine ganzheitliche familienbezogene Infrastruktur entwickeln oder weiterentwickeln sowie Vernetzungs- und Kooperationsprozesse auf vertraglicher Basis initiieren. Hierbei handelt es sich u. a. um Bildungs-, Betreuungs-, Beratungs- und Unterstützungsangebote für Familien. Bewerben können sich unterschiedliche Ausgangseinrichtungen. Familienzentren sind somit Knotenpunkte in einem Netzwerk von Kooperation und Information. Grundlage für eine Förderung sind die Fach- und Fördergrundsätze zur Etablierung von Familienzentren in Hessen, die am 19. September 2011 in Kraft getreten sind. Die Förderung wird im Wege der Projektförderung als Festbetragsfinanzierung gewährt und beträgt bis zu 12.000 € pro Einrichtung und Jahr.

#### **Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0 bis 10 Jahren**

Veröffentlichung der Handreichung Kinder in den ersten drei Lebensjahren: Was können sie, was brauchen sie?

#### **Studie zum Fachkräftebedarf in Kindertagesstätten**

Insgesamt wird deutlich, dass landesweit bis zum Jahr 2013/2014 von einem zusätzlichen Personalbedarf von insgesamt 3.520 Fachkräften auszugehen ist. Vor diesem Hintergrund wirbt das Hessische Sozialministerium seit längerer Zeit mit der Kampagne "GROSSE Zukunft mit kleinen HELDEN - Werde Erzieherin / Erzieher!" ([www.grosse-zukunft-erzieher.de](http://www.grosse-zukunft-erzieher.de)) landesweit für den Erzieherberuf.

#### **Hessische Familienkarte**

Als weiteren Baustein einer modernen, die Bedürfnisse von Familien aufgreifenden Familienpolitik hat die Hessische Landesregierung in Zusammenarbeit mit Partnern aus der Wirtschaft und anderen Institutionen die Familienkarte Hessen eingeführt. Die Familienkarte Hessen wird auf Antrag an alle hessischen Familien mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren herausgegeben, die ihren Hauptwohnsitz in Hessen haben. Die Karte ist kostenlos und einkommensunabhängig, sie umfasst einen Unfallversicherungsschutz, Serviceleistungen für Familien, einen Elternratgeber sowie zahlreiche und vielfältige Vergünstigungen bei den Partnerunternehmen.

#### **Frühe Hilfen**

Das Projekt „wellcome“ wurde auf 19 Standorte ausgeweitet: Anschubfinanzierung durch Landesmittel im Rahmen der Familienpolitischen Initiative, ab 2012 Errichtung einer 50 % Stelle Koordination auf Landesebene.

#### **Landesaktionsplan gegen Gewalt im häuslichen Bereich**

2011 hat die Hessische Landesregierung den Aktionsplan neu aufgelegt. Ziel ist, die Prävention und Vernetzung in den Mittelpunkt zu stellen. Landesweit soll eine bedarfsgerechte Versorgung durch ein Netz von niedrigschwelligen, qualifizierten Beratungs-, Hilfe und Schutzangeboten erreicht werden. Kooperationen zwischen staatlichen und kommunalen Institutionen - wie mit den gemeinnützigen Schutzeinrichtungen - wachsen seit den 90er Jahren in Hessen mit zunehmendem Erfolg heran. Verlässliche Strukturen der Hilfe und Prävention der Gewalt im häuslichen Bereich bieten in Hessen aus verschiedenen Institutionen zusammengesetzte Arbeitskreise.

### **Hessischer Familienpreis**

Das Miteinander der Generationen stärken: Das will der von der Sparda-Bank Hessen eG und dem Hessischen Sozialministerium erstmals ausgelobte Hessische Familienpreis. Das Zusammenleben von Großeltern, Eltern und Kindern unter einem Dach ist schon lange nicht mehr selbstverständlich. Umso wichtiger ist es, neue Möglichkeiten des Zusammenlebens der Generationen außerhalb der Familie zu entdecken, fördern und etablieren. Bewerben können sich Initiativen, Verbände und Organisationen, die das Miteinander der Generation nachhaltig fördern.

### **Landeswettbewerb „Familienfreundliche Kommune“**

Erstmals im Sommer 2001 haben die Gemeinnützige Hertie-Stiftung und das Hessische Sozialministerium den Landeswettbewerb "Familienfreundliche Kommune" ausgelobt, um konkrete Projekte zur Verbesserung der Lebensbedingungen für Familien anzustoßen.

### **eaf Landesarbeitskreis Hessen-Nassau (EKHN)**

Die familienpolitische Arbeit der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Hessen findet in enger Absprache und guter Kooperation in den beiden Landesarbeitskreisen der beiden Evangelischen Kirchen in Hessen-Nassau und Kurhessen-Waldeck statt.

Die Gespräche zur Neukonstituierung des Landesarbeitskreises eaf Hessen und Nassau sind immer noch nicht abgeschlossen. Die Festlegung einer zukünftigen Struktur der eaf muss im Kontext der Grundsatzfrage geklärt werden, wie das Themenfeld „Familie“ mit allen dazugehörigen Arbeitsaufträgen, Arbeitsfeldern und Gremien zukunftsfähig innerhalb der EKHN aufgestellt werden soll. Diese ungeklärte Situation beeinträchtigt eine zukunftsgerichtete Gestaltung der inhaltlichen Arbeit.

Im Berichtszeitraum fanden zwei Mitgliederversammlungen statt. Drei Projekte von eaf-Mitgliedern (Freizeit für Alleinerziehende mit ihren Kindern, Gesundheitsförderung für Eltern und Kinder sowie Treffpunkt für Aussiedlerinnen) wurden durch Haushaltsmittel des Landesarbeitskreises unterstützt.

Der Landesarbeitskreis war Ansprechpartner für die Durchführung der Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD „Auftrag Familie: Familien stärken in evangelischer Perspektive“ in der EKHN. Ziel des Gesamtprojektes war es in Erfahrung zu bringen, wie das Thema Familie inhaltlich und strukturell in den evangelischen Landeskirchen Mitteldeutschland, Württemberg, EKHN aufgestellt ist. Die Ergebnisse wurden im Februar 2012 im Rahmen einer Fachtagung in Eisenach präsentiert, die kommissarische Geschäftsführerin übernahm die inhaltliche Gestaltung eines Workshops zum Thema „Neue Zentren für Familien“

Die kommissarische Geschäftsführerin nahm regelmäßig an den Sitzungen der AGF Rheinland-Pfalz teil.

Paula Lichtenberger  
Kommissarische Geschäftsführerin

## **eaf Niedersachsen**

### **Aus der Familienpolitik in Niedersachsen**

#### **Fachinformationssystem Frühe Hilfen**

Das Projekt „Fachinformationssystem Frühe Hilfen (FIS „Frühe Hilfen)“ wurde initiiert vom Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration.

In der Projektgruppe arbeiten Vertreterinnen und Vertreter der Jugendämter, der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und der freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe des Landes Niedersachsens mit.

Das FIS Frühe Hilfen will im ersten Schritt einen Überblick über die vielfältigen Angebote der Frühen Hilfen, deren Art und Verteilung in Niedersachsen für das Land und die kommunalen Träger der Kinder- und Jugendhilfe ermöglichen. Diese Datenbasis kann als Grundlage für örtliche und überörtliche Planungen genutzt werden.

Im zweiten Schritt wird das Informationssystem auf einer eigenen Homepage für Bürgerinnen und Bürger sowie Fachkräfte freigeschaltet, die sich niedrigschwellig über Angebote der „Frühen Hilfen“ vor Ort informieren können.

#### **Familienfreizeiten**

Die „Richtlinie über die Förderung von Familienerholungsmaßnahmen und Familienfreizeiten“ beinhaltet ein neues Modul „Familienfreizeiten für junge Familien“. Dieses Angebot soll zur Stärkung der Erziehungskompetenz beitragen und ist verbunden mit einem Aufenthalt in einer Familienfreizeit. Es schließt ein pädagogisches Angebot während des Aufenthaltes und sozialpädagogische Vor- und Nachbereitung und -begleitung ein.

Dieses neue Modul wird bisher nicht besonders nachgefragt. In Niedersachsen wurden insgesamt nur sechs Maßnahmen beantragt, drei aus unserem Verband. Eine der beantragten Maßnahmen hat stattgefunden und wurde in einem Workshop der „1. Niedersächsischen Zukunftskonferenz Familie“ am 24. Mai 2012 vorgestellt.

### **Aus der Arbeit der eaf in Niedersachsen**

#### **Vorstand**

Nach der Ordnung der eaf Niedersachsen besteht der Vorstand aus mindestens drei bis maximal fünf Mitgliedern. In der letzten Mitgliederversammlung am 12. September 2011 wurde das fünfte Mitglied, eine pädagogische Mitarbeiterin der Ev. Erwachsenenbildung Niedersachsen, nachgewählt.

#### **Mitgliederversammlung**

Im Juni 2012 fanden im Rahmen der Mitgliederversammlung Workshops zum Thema "Lobbying im politischen Raum" und „Öffentlichkeitsarbeit – vom Umgang mit Medien“ statt.

#### **Mitwirkung der eaf an Aktivitäten**

Die eaf arbeitet mit in einem von der EEB-Niedersachsen initiierten „Fachgespräch familienbezogene Bildung“. Auf Antrag der EEB wurde das „Fachgespräch“ in ein Projekt unter Federführung der eaf überführt. Ziel des Projektes ist es, die kirchlichen und diakonischen Arbeitsfelder, die sich mit Familienbildung befassen, zu einem Austausch, einer fachlichen Meinungsbildung und der Planung gemeinsamer Aktionen und Initiativen zusammenzubringen. Angestrebt wird eine Einbindung der zuständigen Leitung der Abteilung Bildung in der Landeskirche Hannovers und der Geschäftsführung der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen.

Die eaf hat zudem mitgewirkt beim Begleitprogramm der interaktiven Ausstellung „Rosenstr. 76 - häusliche Gewalt überwinden“, die vom Haus kirchlicher Dienste initiiert wurde. Die Ausstellung war in Hannover vom 29. Februar bis 18. März 2012 zu sehen. Andere Orte werden später folgen. Die eaf Niedersachsen beteiligte sich mit einer kleinen Veranstaltung im Rahmenprogramm. Am 6. März 2012 wurde der Workshop mit 20 (ehrenamtlich und beruflich Tätigen) Teilnehmerinnen zum Thema „Wenn die Worte fehlen ... - Macht und Ohnmacht der HelferIn/der BeraterIn“ durchgeführt.

### **eaf und Öffentlichkeitsarbeit**

Die Medienpräsenz der eaf konnte gegenüber dem letzten Berichtszeitraum gesteigert werden, u. a. durch Artikel in der Evangelischen Zeitung und Pressemitteilungen/Pressegespräche, zuletzt zum Thema „Betreuungsgeld“ und „Familienzentren“. Für einen besseren Bekanntheitsgrad wird es weitere Anstrengungen und Ideen geben.

### **eaf und Landespolitik**

Der bestehende Kontakt zu den mit Familienfragen befassten Ausschüssen der im Niedersächsischen Landtag vertretenden Parteien (AK Soziales oder Sozialausschuss) wurde fortgeführt.

Bernd Heimberg wirkte als Vorsitzender der eaf mit im Kuratorium der Stiftung „Familie in Not“, das sich im Berichtszeitraum schwerpunktmäßig mit den Auswirkungen des „Bildungs- und Teilhabepakets“ auf die Förderpraxis der Stiftung befasst hat. Im Ergebnis der Beratungen wurden die Förderrichtlinien angepasst.

### **Aus der Arbeit der Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände in Niedersachsen (AGF)**

Der zum 1. Januar 2010 auf den Familienbund der Katholiken (FdK) übergegangene Vorsitz wurde auf Bitte und Vorschlag des für 2012 vorgesehenen federführenden Verbandes Alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) um ein Jahr verlängert (bis 31. Dezember 2012). Die Stellvertretung liegt weiterhin bei der eaf.

Die Kritik der eaf an der unzureichenden Präsenz in den Medien und der Öffentlichkeit hat sich positiv ausgewirkt. Zunehmend ist die AGF mit Stellungnahmen, Pressemeldungen und Wortbeiträgen in Erscheinung getreten, u. a. zur geplanten Lockerung der Ladenöffnung an Sonntagen und zur notwendigen Reform der Pflegeversicherung.

Projekte und Veranstaltungen, an denen die AGF mitwirkt(e):

#### *Zukunftskonferenz Familie*

Am 24. Mai 2012 fand die seit langem zwischen dem Familienministerium und der AGF geplante „1. Niedersächsische Zukunftskonferenz Familie“ mit 200 Teilnehmenden aus Kommunen, Familienverbänden, Wohlfahrtsverbänden und Migrant\*innenorganisationen statt. Die eaf war mit dem Projekt „Familienfreizeiten“, dem Projekt „Erziehungspartnerschaft mit Eltern“ und im Rahmen der Workshop-Moderation vertreten. Insgesamt ist die Konferenz als erfolgreich zu bewerten. Eine Fortsetzung ist geplant.

#### *Landesbeirat für Kinder- und Jugendhilfe und Familienpolitik*

Die AGF ist seit diesem Jahr als zusätzliche Organisation in den Landesbeirat (Beratungsgremium der beiden obersten Landesjugendbehörden Sozialministerium und Kultusministerium) einbezogen, um die Perspektive der Eltern/Familien in die Diskussion und Meinungsbildung einfließen zu lassen. Die Bezeichnung des Landesbeirats wurde um den Zusatz „Familienpolitik“ erweitert. Vertreten wird die AGF durch ihre Geschäftsführerin.

### *Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen*

Die AGF arbeitet weiterhin in einer Lenkungsgruppe zur „Handlungsorientierten Sozialberichterstattung Niedersachsen“ und im „Bündnis für alle Kinder“ mit.

### *Allianz für den freien Sonntag*

Die AGF ist Gründungsmitglied der *Allianz für den freien Sonntag*, die sich gegen die Ausweitung von Sonntagsarbeit wendet und eine Sensibilisierung dafür in der Gesellschaft und den Unternehmen erreichen möchte.

Eva-Maria Zabbée  
Geschäftsführerin

## **eaf Pfalz**

### **eaf Pfalz intern**

Die eaf hat keine hauptamtliche Geschäftsführung und nur geringe landeskirchliche Finanzmittel zur Verfügung. Bettina Wilhelm (Juristin, 1. Vorsitzende), Ute Dettweiler (Bildungsreferentin, 2. Vorsitzende) und Claus Müller (Referent im Diakonischen Werk Vorstand) sind bei der Landeskirche beschäftigt und leisten die Vorstandsarbeit im Rahmen ihres Dienstes.

Die eaf hat 2011 und 2012 die Federführung der AGF Rheinland-Pfalz inne. Daraus ergeben sich eine Vielzahl von organisatorischen und politischen Aufgaben: Neben der Planung des Fachgesprächs sind das die Durchführung aller AGF-Sitzungen, Aktualisierung der Internetseite, Stellungnahmen, die Mitarbeit in Gremien, z. B. im neu konstituierten Landesbeirat für Familienpolitik und im Stiftungsrat (Bundesstiftung Mutter und Kind, Landesstiftung Familie in Not) sowie die Wahrnehmung aktueller politischer Termine. Dies sind wichtige Schnittstellen und Aufgaben im Rahmen der Lobbyfunktion für Familien.

### **AGF**

In Rheinland-Pfalz (RLP) gibt es nur drei Familienverbände, VAMV, FdK und eaf. Der kleinste gemeinsame inhaltliche Nenner ist derzeit die Familienzeitpolitik. Am 27. September 2011 fand das jährliche AGF-Fachgespräch in Mainz statt. Zum Thema „Arme Familien im ländlichen Raum“ sprachen Marlis Winkler (Studie „Nähe, die beschämt“), Dr. Martens vom Paritätischen Gesamtverband („Mobilitätsbedarfe armer Menschen“) sowie Olaf Noll vom Rheinland-Pfälzischen Sozialministerium (Armut- und Reichtumsbericht RLP). Bei dieser interdisziplinär angelegten Veranstaltung waren Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung, Kirchen, den Verbänden, Betroffene und andere Interessierte im Dialog. Die zentralen Aussagen zu einzelnen Handlungsfeldern übermittelte die AGF an die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft, z. B. die Forderung nach einer differenzierten Armutsberichterstattung. Außerdem wurde hervorgehoben, dass die Voraussetzung für Teilhabe immer auch Mobilität ist. Deshalb sucht die eaf derzeit konkret nach Ideen und Möglichkeiten, um Mobilität im ländlichen Raum zu verbessern. Die Veranstaltungsdokumentation gibt es unter [www.eaf-rlp.de](http://www.eaf-rlp.de).

Am 13. Juni 2012 findet das AGF-Fachgespräch zum 8. Familienbericht mit dem Thema „Ach Du liebe Zeit – Hintergründe und Positionen für eine moderne Zeitpolitik“ statt. Prof. Dr. Schneider und Dr. Karin Jurczyk vom DJI referierten.



### **eaf in der Landeskirche**

Der Strukturprozess in der Landeskirche befasst sich mit Sparmaßnahmen und reduziert Personal auf fast allen Ebenen. Das Themenfeld Familie ist nicht strukturiert oder verankert und somit auch seine Wichtigkeit eher nicht erkennbar. Es bleibt abzuwarten, wie sich der neue Oberkirchenrat, der für Bildung/Familienbildung zuständig ist, positionieren wird. Die eaf erarbeitet derzeit gemeinsam mit der EKHN und dem Beauftragten der Ev. Kirchen RLP ein Papier zur Wichtigkeit evangelischer Familienbildung.

Das einzige Gremium, in dem sich ressortübergreifend die Akteure der Arbeit mit Familien treffen, ist der von der eaf initiierte Arbeitskreis „Vernetzung in Familienfragen“. Hier sind alle im Handlungsfeld Familie tätigen evangelischen Einrichtungen inklusive Diakonie vertreten. Derzeit ist ein vierter Aktionstag geplant: „Perspektiven für Langzeitarbeitslose – Konzepte auf dem Prüfstand“ fand am 20. April 2012 in Pirmasens mit sehr guter Resonanz statt. (Infos und der sehr gute Vortrag von Dr. Gern, DW EKHN, dazu auf der Internetseite [www.eaf-rlp.de](http://www.eaf-rlp.de).)

Die eaf unterstützt außerdem bestimmte evangelische Familienangebote finanziell, z. B. Elternkurse, Freizeiten für Alleinerziehende, Werbung für evangelische Eltern-Kind-Gruppen, Kurnachbereitungswochenenden und Ma(h)lzeiten für Familien sowie Projekte im Jahr der Taufe 2011.

Die Kitas in Evangelischer Trägerschaft (Diakonisches Werk) haben eine QM-Prozess begonnen, in dem auch Elternbildung und Religionspädagogik (Prof. F. Harz als wissenschaftlicher Begleiter) eine wichtige Rolle spielen (<http://www.kita-plus-qm.de/>). Das Projekt Elternchance läuft hierfür über die DEAE nur schleppend an.

### **Landespolitik**

Nach den Landtagswahlen im März 2011 wurde der Ministerienzuschnitt verändert. Es gibt nun das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen. Ministerin Irene Alt von Bündnis 90/Die Grünen lud im Dezember die AGF zum Gespräch ein. Sie sprach beim AGF-Fachgespräch am 13. Juni 2012 in Mainz ein Grußwort.

Der Landesbeirat für Familienpolitik mit Vertretungen aus Politik, Verbänden, Wirtschaft und Wissenschaft wurde neu konstituiert und von der Ministerin einberufen. Die eaf ist Mitglied.

Wichtige familienpolitische Themen des Ministeriums sind 2012 die Kampagne „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ sowie das Thema „Integration“ sein.

Durch das landeseigene Gesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit wird das Thema „Frühe Hilfen“ stark bedient. In einigen Kommunen läuft sehr erfolgreich das Präventionsprojekt „Guter Start ins Kinderleben“, das in Kooperation mit dem Nationalen Zentrum Frühe Hilfen in drei Bundesländern angeboten wird.

(<http://www.fruehehilfen.de/projekte/modellprojekte-fruehe-hilfen/praxisprojekte/guter-start-ins-kinderleben-baden-wuerttemberg-rheinland-pfalz-bayern-thueringen/>)

In Rheinland-Pfalz wird derzeit eine gute Zusammenführung der bisherigen familienbezogenen Projekte und der Netzwerkarbeit im Zuge des Landesgesetzes zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit mit dem neuen Bundeskinderschutzgesetz erarbeitet.

Die beitragsfreien Kitas sind schon seit einigen Jahren im Landesgesetz.

Weiterhin gibt es im Land Mehrgenerationenhäuser, Häuser für Familien, Familienzentren (die hier wie ehrenamtliche Mütterzentren strukturiert sind), Lokale Bündnisse für Familien sowie die Netzwerke der Familienbildung mit mehr oder weniger großem Bezug zur Jugendhilfe.

Im Koalitionsvertrag steht, dass der Umbau der Kitas zu „Kitas-plus“ erfolgen soll und dass ein Aktionsplan zur Bekämpfung der Armut geplant ist. Auf die Details und Konkretion wartet die eaf gespannt.

(Näheres zu den Projekten unter [www.vivafamilia.de](http://www.vivafamilia.de) und unter <http://www.lokale-buendnisse-rlp.de/familienservice.html> Informationen zu den 40 Lokalen Bündnisse in Rheinland-Pfalz.)

Ute Dettweiler

## **eaf in NRW (Landesarbeitskreise Rheinland und Westfalen-Lippe)**

### **Familienpolitik in NRW 2011/2012**

#### **„Kein Kind zurücklassen“**

Mit dieser familienpolitischen Überschrift setzt die rot-grüne Landesregierung in NRW für 2011 und darüber hinaus auf eine gezielte, präventive Politik, die die Chancengerechtigkeit und Entwicklungsmöglichkeiten jedes einzelnen Kindes verbessern und gleichzeitig zur Entlastung der öffentlichen Haushalte von "sozialen Folgekosten" führen soll.

#### **Folgende thematische Schwerpunkte standen dabei im Mittelpunkt:**

##### **Kinderarmut**

Der interministerielle Runde Tisch „Hilfe für Kinder in Not“, erweitert um einen großen Kreis von Verantwortlichen und Experten aus Verbänden und Institutionen, hat 2011 unter der neuen rot-grünen Landesregierung seine Arbeit weiter fortgeführt. Auftrag und Ziel des Runden Tisches ist es, fachübergreifende Strategie- und Handlungsmöglichkeiten für NRW zur Bekämpfung von Kinderarmut und deren Folgen zu entwickeln.

##### **Kinderbildungsgesetz (KiBiz) und Ausbau der U3-Betreuung**

Seit dem 1. August 2011 ist das 1. KiBiz-Änderungsgesetz in Kraft. Mit diesem Gesetz wird die erste Stufe der Grundrevision des KiBiz umgesetzt.

Die Evangelischen Kirchen in NRW, die Diakonie und viele Fachverbände haben sich dazu kritisch geäußert, da mit dieser Revision nur sehr geringe Qualitätsverbesserungen zu erwarten sind. Der Ausbau der U3-Betreuung geht in NRW nicht schnell genug voran.

Ob es der Landesregierung gelingen kann, in den nächsten zwei Jahren die derzeit noch fehlenden rund 44.000 neuen U3-Plätze zu schaffen, bleibt - trotz größerer Investitionen zusätzlicher Landesmittel - fraglich.

##### **Familienzentren**

Laut Bericht des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport gibt es derzeit in NRW 1.916 Familienzentren. Davon arbeiten 522 Familienzentren im Verbund mit mehreren Kitas, so dass insgesamt über 2.700 Kitas in die Arbeit der Familienzentren eingebunden sind, um vor Ort die frühe Bildung von Kindern zu fördern und gleichzeitig die Kompetenzen der Eltern durch Familienbildungs- und Familienberatungsangebote zu stärken. Die Landesregierung will die zukünftige Ausbauplanung der Familienzentren unter besonderer Berücksichtigung benachteiligter Sozialräume vorantreiben.

## **Familienbildung / Familienberatung**

Erklärtes Ziel der Landesregierung ist die Stärkung von Familien, besonders im Blick auf elterliche Kompetenzen. Die Landesregierung hat deshalb in diesem Jahr zusätzlich rund drei Millionen Euro für Familienbildung und Familienberatung bereitgestellt. Davon profitieren die rund 150 Familienbildungsstätten und rund 270 Familienberatungsstellen in NRW sowie die Familienselbsthilfeorganisationen und die Familienverbände.

## **LAGF NRW**

Die LAGF plante 2011 die Fachtagung „Familie bildet Kinder – Elternbildung und Erziehungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen“ die am 4. Juli in Düsseldorf durchgeführt wurde.

Im Rahmen dieser Fachtagung ging die Federführung der LAGF auf die eaf rheinland über, damit ist die Geschäftsführerin der eaf rheinland die nächsten Jahre auch Vorsitzende der in der LAGF organisierten Familienverbände in NRW.

Die LAGF NRW ist derzeit beteiligt am interministeriellen Runden Tisch „Hilfen für Kinder in Not“, an Veranstaltungen der Aktionsplattform „familie@beruf.NRW“ und dem Fachbeirat der Zeitschrift Kita-aktuell-NRW.

## **eaf Arbeit**

Schwerpunktthema war 2011 erneut das Thema **Kinder- und Familienarmut**. Die eaf rheinland ist Mitglied der landeskirchlichen Arbeitsgruppe „Kinderarmut“ und arbeitete intensiv in der AG. Auf Anfrage der Landeskirche führte die eaf rheinland in Kooperation mit der Ev. Akademie im Rheinland eine Fachtagung zum Thema **Kindergrundsicherung** durch, um den innerkirchlichen Meinungsbildungsprozess zu diesem Thema voranzubringen. Die Fachtagung fand vom 11./12. April 2011 statt. Die eaf rheinland verabschiedete, im Nachgang zu dieser Fachtagung, bei ihrer diesjährigen Mitgliederversammlung eine eigene Stellungnahme zum Thema Kindergrundsicherung.

Angeregt durch die Beschäftigung mit der von der eaf-Bund herausgegebenen Broschüre „**Häusliche Pflege von Familienangehörigen**“ und der Auseinandersetzung mit den Bedürfnissen pflegender Angehöriger bei der letztjährigen Mitgliederversammlung, plante eaf rheinland 2011 eine Fachtagung zu diesem Thema, die am 29. September 2011 in Kooperation mit dem Frauenreferat des Kirchenkreises Düsseldorf stattfinden sollte. Die Fachtagung musste wegen zu geringer Anmeldezahlen abgesagt werden.

Zum Thema **Familienzentren** war die eaf rheinland in 2011 weiter in die Vernetzungsarbeit mit der von der Diakonie Rheinland eingerichteten Steuerungsgruppe eingebunden, welche die innerevangelischen Aktivitäten zum Thema Familienzentren koordiniert. Die Steuerungsgruppe will auch weiterhin die Stärken und Herausforderungen der evangelischen Familienzentren vor Ort in den Blick nehmen und mit den Leitungen der Einrichtungen in direkten Kontakt treten.

Die Revision des **KiBiz** und der **Ausbau der U3-Betreuung** standen in diesem Jahr im Fokus der Sitzungen des **Forums zur Förderung von Kindern**, an denen die Geschäftsführerin teilnahm. Das Forum führte im Vorfeld der KiBiz Revision in diesem Jahr zwei Dialogveranstaltungen mit den familienpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Landtagsfraktionen durch. Das Forum ist für die eaf eine gute Plattform des Austausches mit den Familienselbsthilfeorganisationen und den Gewerkschaften.

Durch die Berufung der Geschäftsführerin in die landeskirchliche AG Kinderarmut und den AK Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung, durch die Mitarbeit in der Steuerungsgruppe Familienzentren der Diakonie Rheinland und über die Teilnahme an Sitzungen der Fachkonferenz Eltern- und Familienbildung des eeb-nordrhein gelang der **innerevangelische Informationsaustausch**.

Der Kontakt und die Kooperation mit der **eaf Westfalen-Lippe** haben sich weiter positiv entwickelt. Am 17. Mai fand ein gemeinsames Gespräch der Vorsitzenden und Geschäftsführenden der eaf rheinland und der eaf Westfalen-Lippe mit dem Staatssekretär des Familienministeriums und dem Beauftragten der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung von NRW zur Verständigung über familienpolitische Schwerpunkthemen statt.

Unter der neuen Landesregierung wurden die **Ministerien** neu zugeschnitten und personelle Zuständigkeiten verändert. Der Austausch mit den zuständigen Ministerien hat sich insgesamt positiv entwickelt. Neben einer guten Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen im Familienministerium besteht durch die Mitarbeit am Runden Tisch „Hilfen für Kinder in Not“ auch ein guter Kontakt zum Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration (MAIS).

Die **Öffentlichkeitsarbeit** ist ein großer Teil der Arbeit der eaf rheinland; das neue eaf Design für die Öffentlichkeitsarbeit fand positive Resonanz.

Derzeit besteht die eaf rheinland aus 19 Mitgliedseinrichtungen und einem berufenen Mitglied. Am 18. April 2012 wird ein neuer Vorstand der eaf rheinland e. V. gewählt.

## **eaf Westfalen-Lippe**

### **Strukturen**

Vorstand, Mitgliederschaft und Geschäftsführung sind unverändert. Die nächsten Vorstandswahlen finden im Herbst 2012 statt. Die zukünftigen Kooperationsstrukturen mit der westfälischen Landeskirche sind weiter offen; erst nach der Verabschiedung der Hauptvorlage Familie auf der Synode 2012 (November) ist Klärung zu erwarten.

### **Hauptvorlagen der westfälischen und der lippischen Landeskirche zum Thema Familie**

Die eaf hat die Arbeit an den beiden Hauptvorlagen intensiv begleitet und mitgesteuert. Neben den Sitzungen und der Textarbeit fanden zusätzliche Fachtage (z. B. zur Familienfreundlichkeit in Unternehmen und Kirche) und Workshops statt.

### **Aktivitäten zum Thema „Kinderarmut“**

In den Jahren 2011/2012 wurden zahlreiche Veranstaltungen zum Thema Kinderarmut durchgeführt. Darunter waren Vorträge und Podiumsdiskussionen in Gemeinden, Kirchenkreisen und in Kooperation mit der Diakonie RWL; besonderer Schwerpunkt: Armutssensibles Handeln als Herausforderung für diakonische Einrichtungen und Gemeinden.

### **Aktivitäten zum Thema „Kindertagesbetreuung/Kinderbildungsgesetz“**

Gemeinsam mit anderen Familienverbänden, den Gewerkschaften und Elternverbänden arbeitete die eaf Westfalen-Lippe weiterhin im Forum für Kinder mit. In den Jahren 2011 und 2012 wurden erneut zwei große Dialogforen in Düsseldorf mit 100 Teilnehmer/innen

veranstaltet. Hier gelang es wieder, auch kommunale Vertreter/innen in den Dialog über zukünftige Herausforderungen der Tagesbetreuung einzubinden.

### **Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände (LAGF)**

Die eaf Westfalen-Lippe hat im Jahr 2011 aktiv in der LAGF mitgearbeitet (Federführung eaf-Rheinland). Themenschwerpunkt von Veranstaltungen und Stellungnahmen war das Thema „Erziehungspartnerschaft“ mit Eltern in Jugendhilfe und Schulen.

### **Sonstige Kooperationen**

- Auch in den Jahren 2011 und 2012 veranstaltete die eaf gemeinsam mit dem Pädagogischen Institut die Gemeindepädagogischen Foren in Villigst. Im Jahr 2011 lautete das Thema „Armutssensibles Handeln in Gemeinden und Kindertageseinrichtungen“, in 2012 „Religionspädagogische Arbeit mit Familien“.
- Gemeinsam mit der Schuldnerberatung der Diakonie wurde ein Fachtag zum Thema „Armut und Familien“ durchgeführt, an dem ca. 40 Fachkräfte der Schuldnerberatung teilnahmen.
- Mit der westfälischen Landeskirche wurde ein Fachtag für Gemeindepädagogen/Gemeindepädagoginnen zum Thema „Familie heute“ durchgeführt, an dem ca. 50 Fachkräfte teilnahmen.
- Die eaf arbeitet auch im Projekt „Mit Kindern neu anfangen“ der EKvW mit. Die eaf Westfalen-Lippe ist im Pädagogischen Beirat des Familienbildungswerkes Westfalen-Lippe vertreten. In 2011/2012 hat sie am Bildungsverständnis der Evangelischen Familienbildung mitgearbeitet.

Frank Weber  
Vorstandsvorsitzender  
eaf landesverband  
rheinland e. V.

Eva Bernhardt  
Geschäftsführerin  
eaf landesverband  
rheinland e. V.

Dr. Remi Stork  
Geschäftsführer  
eaf Landesarbeitskreis  
Westfalen-Lippe

## **eaf Saar**

### **Aktivitäten der eaf Saar**

Die eaf Saar traf sich zu sechs Vorstandssitzungen und einer Mitgliederversammlung.

- Gremienarbeit: Ständige Mitarbeit im saarländischen Medienrat und im Ausschuss Medienkompetenz, sowie im TOTO-Beirat des Familien- und Sozialministeriums
- Teilnahme an der Jahrestagung der eaf-Bund im September 2011 in Hannover und im Dezember 2011 am Arbeitstreffen der eaf-Vorstände und Geschäftsführenden in Berlin
- Mitarbeit in der LAG der Familienverbände Saar (LAG FamS): (7 Sitzungen)
- Aktionstag der saarländischen Familienverbände am 24. Oktober 2011 in der Innenstadt von Saarbrücken mit Besuch der saarländischen Familienministerin Bachmann; Motto: Was ist saarländischen Familien wichtig? Familien konnten aus einem 10-Punkte Forderungskatalog abstimmen, welchen Anliegen sich die saarländische Familien- und Bildungspolitik mit Priorität widmen soll.
- Gespräch mit Bildungsminister Kessler am 17. November 2011 zu familien- und bildungspolitischen Schwerpunktthemen
- Gespräche mit Parteien und familienpolitischen Sprechern der Fraktionen vor der Landtagswahl am 25. März 2012.

### **Familienpolitik im Saarland September 2011 - März 2012**

Schwerpunkte der saarländischen Familien- und Bildungspolitik bildete die Einführung der Gemeinschaftsschule als zweite Säule neben dem Gymnasium ab dem Schuljahr 2011/2012.

Eltern können damit zwischen dem achtjährigen Gymnasium und der neuen Gemeinschaftsschule, die alle Schulabschlüsse anbietet, wählen. Kleinere Schulstandorte sollen gesichert werden.

Die Zahl der gebundenen Ganztagschulen konnte auf neun Schulen ausgeweitet werden. Das Angebot der freiwilligen Ganztagschulen umfasst aktuell 20.000 Plätze (2009: 11.500).

Ab September 2011 wurde das Förderkonzept „Inklusive Schule“ begonnen, das Kinder mit Behinderungen in Regelschulen unterstützen soll: sieben Grundschulen, zwei Gemeinschaftsschulen, zwei Gymnasien beteiligen sich; zusätzliche Lehrkräfte zur Förderung behinderter Schüler und Schülerinnen wurden eingestellt. Ein Lenkungsausschuss zur Umsetzung und Steuerung ist eingerichtet und ein Inklusionsbeauftragter beim Bildungsministerium angesiedelt. Der Ausbau des Schulversuchs Inklusion ist erklärtes Ziel der saarländischen Bildungspolitik.

Die Pilotphase Kooperationsjahr Kindergarten-Grundschule wurde beendet; das Projekt wird weitergeführt: 100 Kindertageseinrichtungen und 40 Grundschulen beteiligen sich. Alle Beteiligten - Kindertageseinrichtungen, Schulen, Eltern - bewerteten nach einem Jahr das Projekt positiv. Mehr Finanz- und Personalmittel insbesondere für die Kindertageseinrichtungen werden als notwendig erachtet.

Der Krippenausbau wurde fortgesetzt mit dem Ziel, den vom Bund eingeforderten Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz zu erfüllen (3,8 Mill. Bundesmittel und 4,2 Mill. Landesmittel wurden 2011 eingesetzt). Die Landesregierung setzt sich zum Ziel, die Betreuungssituation landesweit ausgewogen zu gestalten.

Laut Statistischem Bundesamt verfügt das Saarland über das bundesweit beste Betreuungsverhältnis in Kinderrippen (1:3,2).

Um dem drohenden Personalmangel in den KiTas zu begegnen, wurden an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Saarbrücken ein berufsbegleitendes Aus- und Weiterbildungsprogramm für pädagogische Fachkräfte und eine weitere Fachschule mit berufsbegleitender Ausbildung eingerichtet (Ausbildungsoffensive Erzieherinnen/Erzieher).

Am 6. Januar 2012 gab die saarländische Ministerpräsidentin die Aufkündigung der „Jamaika-Koalition“ bekannt. Am 25. März wurde im Saarland neu gewählt und eine Koalition aus CDU und SPD bilden die neue Landesregierung. Welche familienpolitischen Schwerpunkte und Vorhaben weiterverfolgt werden, wird sich zeigen.

Anna Schwarz-Hartz  
Geschäftsführerin

## **eaf Sachsen e. V.**

### **Familienpolitik in Sachsen**

Die Auswirkungen der Kürzungen im Doppelhaushalt 2011/2012 sind zu spüren und prägen neben sehr direkten Auswirkungen wie der Kürzung Landeserziehungsgeld und der Streichung des kostenlosen Vorschuljahres auch die Ganztagesangebote im Bildungsbereich.

Familienpolitik beschränkt sich stark auf die Bereiche Vereinbarkeit Familie und Beruf (Modellprojekt verlängerte Öffnungszeiten bei Kitas), Alleinerziehende und Arbeitsmarkt und Wiedereinstiegsprogramme.

Im Bildungsbereich wird aktuell um die Frage der Neueinstellung von Lehrern und Lehrerinnen gerungen. Die neue Kultusministerin wird die geplanten Lehrereinstellungen über eine Kürzung der Ganztagesangebote ausgleichen.

Mehrgenerationenhäuser sollen vermehrt die familienpolitische Perspektive einnehmen; ob dies gelingt, muss beobachtet werden und kann aus Sicht der eaf Sachsen nicht die Verbandsarbeit auf Landesebene ersetzen. Hier sind neue Kooperationen sinnvoll und im Gespräch.

Die Mittel für die Familienverbandsarbeit sollten in den nächsten Jahren kontinuierlich abgesenkt werden; nun sehen die Diskussionen zum Doppelhaushalt jedoch nicht mehr ganz so drastisch aus. Die Entwicklung bleibt abzuwarten.

Es ist eine landesweite Diskussion zum Thema Gendermainstreaming entbrannt, die sehr polarisierend geführt wird. Innerkirchlich wird das Pfarrerdienstrecht heftig diskutiert (gleichgeschlechtliche Partnerschaften im Pfarrhaus). Die Synode wird darüber befinden.

### **Aus der Arbeit der eaf Sachsen**

Es findet zurzeit eine intensive Strukturdebatte innerhalb der Landeskirche Sachsens unter Beteiligung der eaf Sachsen statt. So wird es ab 1. September ein gemeinsames Zentrum für Bildung und Beratung geben. Inhaltlich bringt die eaf Sachsen die familienpolitische Perspektive ein. Wann ein räumlicher Umzug ansteht, ist offen. Bei der laufenden Organisationsberatung sind Frauenarbeit, Männerarbeit und eeb dabei.

Personell haben sich Veränderungen in der Geschäftsstelle ergeben: Es arbeiten dort jetzt Stefanie Willuhn, Mitarbeiterin, Dorothee Marth, wissenschaftliche Referentin und Eva Brackelmann, Geschäftsführerin.

### **Familienbildung**

In Sachsen werden mittlerweile ca. 30 % der Familienbildungsangebote von Ämtern und Werken der Landeskirche angeboten und genießen hinsichtlich Qualität und Vielfalt ein hohes Ansehen in der Politik. Über eine Kooperation mit der Evangelischen Erwachsenenbildung Sachsen koordiniert und organisiert die eaf Sachsen diese Bildungsangebote. Inwieweit dort eine Veränderung eintritt, bleibt abzuwarten.

### **Kleinprojekte**

Die Parlamentarischen Gespräche waren 2011 sehr erfolgreich und werden in der zweiten Jahreshälfte 2012 fortgeführt.

2012 wurde der Quartals-Newsletter der eaf Sachsen eingeführt. Außerdem fanden Gespräche und Treffen mit allen Mitgliedern statt.

### **Kirchentag 2011**

Für die eaf Sachsen war die Geschäftsführerin in der Projektleitung für das Zentrum Frauen tätig. Sie war für die Moderation und Durchführung von zwei Podien verantwortlich: „Familie leben - Von Luther bis Patchwork“ und „Das volle Leben! Frauen und Arbeitswelten in Ostdeutschland“.

### **Was brauchen Familien in Sachsen?**

Was brauchen Familien in den unterschiedlichen Lebenslagen und welche Rahmenbedingungen benötigen sie, um gut zu leben? In 2011 fanden dazu mehrere Veranstaltungen statt: Pflege (Bautzen), Armut (Görlitz), Familien- und Rollenbilder in kirchlichen Zusammenhängen.

Die Reihe wurde 2012 fortgeführt (9. Mai: Pflege, 12. November: Familie und Arbeitsmarkt, 21. November: Buß- und Betttag in Görlitz zum Thema „Familie und Zeit“).

### **Familien stärken - Demokratie stärken**

Ein gemeinsames Projekt mit dem Landesjugendpfarramt und dem Landesverband Sächsischer Kindertagesstätten fand u. a. durch Lesungen und Aufklärungsabende zum Thema „Neonazi-Szene“ Codes bei Kleidung, Sprache und Verhalten statt. Ein zweiter Schwerpunkt lag im Bereich Frauen und Rechtsextremismus (vier Lesungen mit Andrea Röpke und Andreas Speit). 2012 liegt der Schwerpunkt beim Thema Familie, Kinder und das Aufwachsen in der Neonazi-Szene.

### **Kooperationen und Angebote**

Zum Thema „Familie und Familienbilder“ wurde die eaf Sachsen für ein Einstiegsreferat und die Diskussion angefragt. 2012 fanden bereits vier Abende und Tagesreferate mit Diskussionen statt (Selbständige Frauen Leipzig, Kirchengemeinden und Pastoralkolleg). Im Landeskirchenamt ist eine Kooperation zum Thema geplant und perspektivisch in 2013 die Ausrichtung eines Fachtages „Familienarbeit in der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens“ (Arbeitstitel).

Eva Brackelmann  
Geschäftsführerin

## **eaf Sachsen-Anhalt e. V.**

### **Zur Situation und Arbeit des Landesarbeitskreises:**

Bei der Mitgliederversammlung der eaf Sachsen-Anhalt e. V. im April 2012 stellte Sabrina Johann vom SI der EKD die Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt der EKD „Auftrag Familie: Familien stärken in evangelischer Perspektive“ vor.

Zur neuen Vorsitzenden wurde Christiane Kellner gewählt. Sie ist Superintendentin des Kirchenkreises Merseburg.

Die Arbeitsschwerpunkte des Geschäftsführers liegen im Wesentlichen in der Umsetzung der im Zuwendungsvertrag mit dem Land Sachsen-Anhalt festgeschriebenen Aufgaben. Dazu gehören u. a.: Initiierung und Durchführung von Familienbildungsmaßnahmen und Projekten (330 Stunden familienbezogene Bildungsarbeit sind nachzuweisen), Familienpolitik und Gremienarbeit, Öffentlichkeitsarbeit.



2011 wurden zahlreiche familienbezogenen Maßnahmen durchgeführt. Thematische Schwerpunkte dabei waren:

- Initiierung von familienbezogenen Angeboten in Kirchenkreisen und Gemeinden / Beantragen und Abrechnen von Landesmitteln für familienbezogene Projekte
- Kooperation mit Diakonie, EEB, Familienbund bei der „Woche für das Leben“
- Förderung von niedrigschwelligen Angeboten im Bereich Elternbildung
- Beantragen und Abrechnen von Projekten mit der Diakonie und der Stadt Magdeburg
- Fünf Maßnahmen mit armen Familien im Bereich „Familienbegegnung mit Bildung“ (Teilnahme von 200 Personen).
- „Rendsburger Elterstraining“ in Magdeburg
- Am 9. Juni und 11. Oktober 2011 sowie am 8. März 2012 wurden die ersten Kursleiterinnen für den evangelischen Elternkurs „Auf eigenen Beinen stehen“ geschult. Dieser Kurs wurde von der AEEB entwickelt und wird von den eaf´s in Thüringen und Sachsen-Anhalt in Kooperation mit der Diakonie Mitteldeutschland in Sachsen-Anhalt und Thüringen eingeführt.

### **Die kirchenpolitische Situation**

Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (2007 aus der Fusion der Kirchenprovinz Sachsen mit der Ev.-luth. Kirche in Thüringen hervorgegangen) hat rund 900.000 Mitglieder in über 3.000 Kirchengemeinden und 38 Kirchenkreisen. Die Zuständigkeit für die eaf liegt im Dezernat „Bildung“. Die Stelle der Dezernentin wurde im August 2011 mit OKR Martina Klein besetzt. Die neue Aufteilung der Aufgaben im Dezernat intensivierte den Kontakt zur eaf.

### **Beirat für familienbezogene Arbeit in der Ev. Kirche Mitteldeutschlands (EKM)**

Der Geschäftsführer der eaf Sachsen-Anhalt ist Vorsitzender des Beirats für familienbezogene Arbeit in der EKM. Dieser Beirat hat im Wesentlichen die Aufgabe, die evangelischen Institutionen und Einrichtungen, die im Bereich der Arbeit mit Familien tätig sind, zu vernetzen, die kirchenleitenden Gremien in familienrelevanten Fragen zu beraten und Initiativen zur stärkeren Wahrnehmung des Themas Familie zu befördern. (Ergebnisse der letzten Projekte s. [www.wege-aus-der-armut.de](http://www.wege-aus-der-armut.de)). In der Synode der EKM wurde im November 2011 ein Papier der Bildungskammer zum Thema „Familie und Kirche“ beraten, bei dessen Erstellung auch der Beirat einbezogen wurde. Er ist auch wesentlich in Abstimmung mit dem Kirchenamt mit der Umsetzung der dazu erfolgten Beschlüsse befasst.

### **Zur (familien-)politischen Situation in Sachsen-Anhalt:**

#### **Neustrukturierung der Beratungslandschaft**

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat die Landesregierung beauftragt, für die unterschiedlichen Beratungsangebote - unter Einbeziehung der Träger LIGA der freien Wohlfahrtspflege und kommunale Spitzenverbände - Grundlagen für die jeweilige strukturelle und inhaltliche Entwicklung zu erarbeiten und in den Ausschüssen für Soziales, für Finanzen sowie für Landesentwicklung und Verkehr zu berichten. Dabei sollen die sich verändernden Beratungsbedarfe der Bevölkerung unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung, die Art und Anzahl der in einer Region vorzuhaltenden Beratungsstellen sowie mögliche Synergien zwischen den Trägern und/oder den Beratungsstellen dargestellt werden. Zwischen Land, Kommunen und Trägern sind die Finanzierungsmodalitäten ab dem Jahr 2012 für die unterschiedlichen Beratungsangebote abzustimmen.

Es wurde eine Beratungsprojektgruppe eingerichtet, in der LIGA, kommunale Spitzenverbände, Ministerin und Landtagsabgeordnete vertreten sind. Kinder- und Jugendring, Familienverbände, Landesstelle Jugendschutz, Landesfrauenrat, etc. berieten die Neustrukturierung 2011 direkt mit dem Referat „Familie“.

### **Landesbündnis für Familien**

Die eaf Sachsen-Anhalt arbeitet mit im Landesbündnis für Familien, das vom Ministerium für Gesundheit und Soziales initiiert wurde. Die Zusammenarbeit von Gruppierungen aus dem familienpolitischen und sozialen Bereich mit Vertretern der Wirtschaft soll hier gefördert werden.

Zudem ist die eaf in der Arbeitsgruppe „Förderung der Erziehungskompetenz“ vertreten; in dieser AG hat der Geschäftsführer der eaf den Vorsitz. Inhaltlich wird zurzeit das Thema „Gelingende Erziehungspartnerschaft“ bearbeitet.

### **Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände**

Die LAGF besteht aus sieben Landesverbänden: Deutscher Familienbund e. V., Verband Alleinerziehender Mütter und Väter e. V., Deutscher Kinderschutzbund e. V., Familienbund e. V., CVJM e. V., Landesverband der Pflege- und Adoptiveltern e. V. und die eaf Sachsen-Anhalt e. V. Die Geschäftsführung liegt bei der eaf.

Die LAGF setzt sich bei Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der Politik dafür ein, die Bedingungen für die familienbezogene Arbeit in Sachsen-Anhalt zu verbessern. Im Dezember 2011 fand ein Gespräch mit dem Sozialminister statt. Themen waren u. a. die Rahmenbedingungen für familienbezogene Arbeit in Sachsen-Anhalt.

Im Oktober 2011 wurde ein „Fachtag zum Thema „Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern, Kita und Schule“ durchgeführt.

Durch Gespräche mit Fraktionsvertreterinnen und Vertretern (Einrichten eines familienpolitischen Stammtisches) und Teilnahme in allen maßgeblichen Gremien und Ausschüssen zeigt die LAGF Präsenz.

Mit der Haushaltsaufstellung für den Doppelhaushalt 2012/13 sollten Familienzentren, die bisher vom Land gefördert wurden, aus der Förderung fallen und in die kommunale Obhut entlassen werden. Diese Familienzentren sind in einem Arbeitskreis unter dem Dach der LAGF verbunden und z. T. auch Mitglieder der eaf. Durch viele Gespräche mit Abgeordneten und in Ausschüssen ist es gelungen, die Landesförderung für zwei weitere Jahre zu sichern.

### **Demografie Allianz Sachsen-Anhalt**

Im September 2011 wurde die Demografie-Allianz Sachsen-Anhalt gegründet, der etwa 60 landesweit tätige Einrichtungen und Verbände angehören. Der Geschäftsführer der eaf LSA vertritt sowohl die eaf, als auch die LAGF in diesem Gremium und arbeitet in der AG „Familie und Werte“ mit.

Klaus Roes  
Geschäftsführer

## eaf Thüringen

### Familienpolitische Entwicklungen in Thüringen

Die zu Beginn des Jahres 2012 ausgerufenen Haushaltssperre durch den Finanzminister hatte Wirkung auf wichtige Titel des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit (TMSFG). Besonders betroffen davon waren die EFL-Beratungsstellen, Frauenhäuser, Frauenzentren, Landesfrauenrat, Familienzentren, Suchtberatung. Die Finanzierung der Arbeit drohte dort wegzubrechen, wo die kommunale Kofinanzierung abhängig von der Landesförderung ist. Für die Bereiche der institutionellen Förderung konnte die Sperre in den Folgemonaten aufgehoben werden. Die Förderung der Familienverbände war davon nicht betroffen.

**Ausbau der Schulsozialarbeit:** Das TMSFG hat einen Referentenentwurf erarbeitet. Die Zahl der Schulsozialarbeiter soll mehr als verdoppelt werden, d. h. von 74 auf 200 Stellen. Finanziert werden soll es durch die Entlastung des Bundes im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes.

**ThürKitaG:** Laut der aktuellen Zahlen aus dem Bundesamt für Statistik darf sich Thüringen mit dem Titel des dynamischsten Bundeslandes bei der Verbesserung der Kinderbetreuung schmücken. Hatte Thüringen 2009 einen Betreuungsschlüssel im Verhältnis von 1:6,2 bei Kindern unter drei Jahren, so lag das Verhältnis 2011 bei 1:4,9. Das ThürKitaG von 2010 scheint seine Wirkung zu entfalten.

**Mehrgenerationenhäuser:** Mit der zweiten Phase des Aktionsprogrammes der MGH gibt es inzwischen ca. 30 MGH in Thüringen. 2011 gründete sich das Netzwerk der Thüringer MGH. Gundula Bomm (MGH Waltershausen, Vorsitzende der eaf) und Tamara Wedel (Leiterin Familienzentrum Schmalkalden, Vorstandsmitglied der eaf Thüringen) wurden in den fünfköpfigen Sprecherrat gewählt.

**Thüringer Bildungsplan bis 18:** Das Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur hat ein Konsortium in Abstimmung mit einem Fachbeirat mit der Erarbeitung des Thüringer Bildungsplans bis 18 Jahre auf der Grundlage des Thüringer Bildungsplans für Kinder bis 10 Jahre (von 2008) betraut. Künftig soll es einen Bildungsplan für Kinder bis zum Ende der Schullaufbahn geben. Dabei werden alle Bildungsbereiche aus dem Thüringer Bildungsplan für Kinder bis 10 Jahre mit den grundlegenden Bildungsaufgaben für das Jugendalter ergänzt. Neue Bildungsbereiche werden hinzugefügt: Medien, ökonomische und ökologische Bildung sowie religiöse Bildung. Ende 2012 soll eine erste Entwurfsfassung vorliegen. Ute Birckner wirkt als stellv. Mitglied, Vertreterin des Thüringer Jugendhilfeausschusses im Fachbeirat mit (weitere Informationen unter [www.bildungsplan.uni-jena.de](http://www.bildungsplan.uni-jena.de)).

Die Familienpolitik beschäftigt sich des Weiteren mit:

- Änderung der Förderung von Familienerholung in Zusammenspiel mit der Familienbildung, d. h. von der Individualförderung zur Maßnahmenförderung,
- der Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes,
- diversen EU-Programmen für Alleinerziehende zur Unterstützung, Förderung und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt
- Umsetzung des Thüringer Modellprojektes „Die Kindertagesstätte als Eltern-Kind-Zentrum“.

### **Kirchenpolitische Entwicklung der Ev. Kirche in Mitteldeutschland (EKM)**

Zur Landessynode im November 2011 wurde das Perspektivpapier der Bildungskammer „Kirche und Familie“ vorgestellt und mit einigen Aufträgen verabschiedet: Erstellung eines Familienatlas (Internetplattform), Darstellung innovativer Projekte der familienbezogenen Arbeit (Wettbewerb), Auslosung Modellregionen beispielhafter vernetzter Familienarbeit.

Das Dezernat Bildung ist mit der Umsetzung der Beschlüsse beauftragt und arbeitet dabei in enger Abstimmung mit dem Beirat für familienbezogene Arbeit und der eaf Sachsen-Anhalt und eaf Thüringen zusammen.

### **Arbeit der eaf Thüringen**

Schwerpunktaufgaben der Geschäftsführung:

- familienpolitische Interessenvertretung; Gremienarbeit
- Öffentlichkeitsarbeit
- Entwicklung der ev. Eltern- und Familienbildung in Thüringen im Projekt „Verbund Ev. Elternbildung in Thüringen“ (Laufzeit: August 2011 - Dezember 2013). Das Verbundprojekt ist eine Kooperation der eaf Thüringen und der Evangelischen Erwachsenenbildung Thüringen (EEBT). An der gemeinsamen Schnittstelle Elternbildung sollen evangelische Angebote in Thüringen entwickelt, gefördert und vernetzt werden.

Schwerpunkte der Arbeit:

- Aufbau einer Info- und Servicestelle, Vernetzung
- Einführung und Implementierung des Ev. Elternkurses „Auf eigenen Beinen stehen“ der AEEB in Thüringen in Zusammenarbeit mit der eaf Sachsen-Anhalt e. V.
- Modellprojekt für partizipative Elternbildung in Weimar „Gekniggte Eltern? Eltern für Eltern in Weimar“.
- Veranstaltung zum Thema Benachteiligung von Familien im Steuerrecht „Durchblick im Steuerdschungel“ – „Ratschläge für Familien“, Oktober 2011 (Referentin: Steueroberamtsrätin Helga Schulz a. D.), in Kooperation mit dem Frauenzentrum Weimar und dem SOS Familienzentrum Weimar.
- Stellungnahme der eaf Thüringen bei der Öffentlichen Anhörung im Thüringer Landtag zur Frage der Zukunft des Thüringer Erziehungsgeldes (November 2011). Die Anhörung war eine Veranstaltung in Organisation der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE.
- Perspektivgespräche des AKF e. V. mit Vertreterinnen des Referates Familienpolitik des Ministeriums im Januar 2012 zu den anstehenden Änderungen im ThürFamFöSiG in den Bereichen Förderung der Familienerholung im Kontext Familienbildung, und zur Zukunft der Thüringer Elternakademie
- „Wenn die Eltern älter werden - füreinander sorgen und Pflegen in der Familie“ Podium und Publikum im Gespräch anlässlich des Internationalen Tages der Pflegenden (Moderation: Esther-M. Ullmann-Goertz); eine Veranstaltung der eaf Thüringen in Kooperation mit der Diakoniestiftung Weimar Bad Lobenstein gGmbH und der Marie-Seebach-Stiftung Weimar am 10. Mai 2012.
- „Kirche und Familie – ein Auftrag“ zur feierlichen MV der eaf Thüringen zum 20-jährigen Jubiläum der eaf Thüringen am 7. Juni 2012; Präsentation und Diskussion des Papiers der Bildungskammer der EKM.
- Vorstandswahlen im Rahmen der MV: Gundula Bomm, Tamara Wedel, Johannes Beileites und Martin Gebhardt wurden einstimmig von der Mitgliederversammlung in den Vorstand der eaf Thüringen gewählt.

- Präsentationen zum Tag der offenen Tür im Thüringer Landtag (Juni 2012) und zum Kreiskirchentag im Kirchenkreis Waltershausen – Ohrdruf
- Entwicklung eines Ansatzes partizipativer Elternbildung mit benachteiligten Familien im Rahmen des Modellprojektes „Geknigte Eltern?“ im MHG Weimar Schöndorf.

Ute Birckner  
Geschäftsführerin

## Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein gibt es eine neue Landesregierung und einen neuen Ministerpräsidenten. Nachdem die Vorgängerregierung bestimmt war von Haushaltskonsolidierung ohne inhaltliche Aussagen und ohne eine abgestimmte Sozialpolitik, sind die Erwartungen an die neue Regierung hoch.

Einige Städte haben große Probleme mit Kinderarmut. Die SPD/Grüne/SSW-Koalition tritt für eine eigenständige, armutsfeste Grundsicherung für Kinder und Jugendliche ein und will dazu eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen. Bei den mehr als 150 verschiedenen Arten von Leistungsansprüchen soll Transparenz geschaffen werden. Hilfen sollen aus einer Hand kommen sowie Hilfsangebote sozialräumlich ausgestaltet werden. Trotz leerer Kassen will die Regierung einen Bildungsschwerpunkt setzen und im Bereich Bildung, Infrastruktur investieren, z. B. Kommunen beim Krippenausbau unterstützen.

Auch in Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern ist der Prozentsatz armer Kinder mit 23 % (in einigen Stadtteilen sogar über 40 %) und 28 % hoch. Das Wahlversprechen in Hamburg, in der Kita kostenfreies Mittagessen bei geringeren Gebühren einzuführen, wurde erfüllt. Auf der anderen Seite gibt es Kürzungsansagen in der offenen Kinder und Jugendhilfe von mindestens 10 %. Was sich unbedeutend anhört, bedeutet vor allem für die kleinen Häuser „um die Ecke“ das Aus, weil die eng gestrickten Haushalte nicht mehr weiter zurückzufahren sind. Das betrifft Stadtteile mit Familien mit nicht ausreichendem Einkommen, deren fußläufiger Anlaufpunkt damit wegfällt. Dahinter steckt die Annahme, dass sich bei einem Ganztagsangebot der Schulen Jugendhäuser erübrigen und so Sparzwänge umgesetzt werden können.

Margit Baumgarten besucht seit zwei Jahren die Veranstaltungen der eaf und nimmt an den Konferenzen der Landesgeschäftsführungen und Arbeitstreffen teil. Die eaf ist froh, so einen Kontakt zu den nördlichen Bundesländern und der neuen Nord-Landeskirche gefunden zu haben und hofft, diesen in Zukunft zu verstetigen und auszubauen.

Margit Baumgarten  
Fachstelle Familie Evangelische Landeskirche Nord, Kiel